

Die „Vollmacht“
erschließt wöchentlich 6 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Graunauerstr. 6/6,
und durch Postreueure zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mf. 2.50,
drei Monate 20 Pf.
Durch die Post bezogen Mf. 2.50,
frei ins Haus Mf. 2.92,
wo keine Post am Orte, Mf. 3.34.

Vollmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Selektionssache Betrag
für die einjährige Colonienliste
oder deren Raum 100 Pf.
Auswärtige Zulage 40 Pf.
Doppelhefte unter 1 Mf.
Zulage für Arbeitsmarkt 15 Pf.
für Postzettel 25 Pf.
Veranst.-u. Veranlagungs-Anzeigen
15 Pf. monatlich.
Zulage für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 300.

Breslau, Dienstag, den 24. Dezember 1912.

23. Jahrgang.

Der gegenwärtige Stand der Reichswohnungsreform.

Zu den wenigen neuen Aufgaben, an deren Lösung der neue Reichstag heranzutreten sich entschlossen hat, gehört die Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes. Die Angelegenheit eines solchen Reformgesetzes ist jetzt soweit gediehen, daß es wünschenswert erscheint, daß nunmehr auch in den Einzelstaaten und von diesen aus zu ihrer weiteren Förderung eingegriffen wird.

Schon die zwei früheren Reichstage, der von 1903 bis 1906 und der von 1907—1911, haben sich alljährlich mit der Wohnungsfrage beschäftigt. In jedem dieser Reichstage gab die Reichsregierung zur Erweiterung, gab die Reichsregierung zur Antwort, daß ihre Regelung nicht Sache des Reichs, sondern der einzelnen Bundesstaaten sei. Das wurde erst anders, nachdem der jetzige Reichstag zusammengetreten war. Gleich bei seiner Eröffnung laßen Anträge sowohl der Sozialdemokraten wie der Nationalliberalen, Polen, des Zentrums und der Konservativen vor, die im Wortlaut zwar unter sich verschieden, doch alle gleichermaßen die Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes verlangten. Bei der zweiten Beratung des Haushalts des Reichsamts des Innern wurden diese Anträge nochmals und zwar nun als Resolutionen eingebracht und in dieser Fassung auch beraten. Schon bei dieser Beratung war seitens der Reichsregierung eine kleine Schwankung von ihrem bisherigen Standpunkt weg zu bemerken. Sie erklärte zwar durch den Mund des Staatssekretärs Dr. Delbrück, daß sie noch immer der Meinung sei, daß die Einzelstaaten die zur Lösung des Problems am nächsten Berufenen und Verpflichteten seien; aber sie fügte auch hinzu, daß „sollten diese nicht zur Erfüllung ihrer Pflichten zu bewegen sein, allerdings schließlich das Reich einzugreifen haben würde.“ Auch stellte der Staatssekretär in Aussicht, daß er erwägen wolle, ob nicht der Reichszuschuß zum Bau von Beamten- und Arbeiterwohnungen für Reichsangestellte in der Höhe von jährlich 2 bis 4 Millionen Mark zu vergrößern und ein Teil als Garantiefonds zur Beschaffung billiger Hypotheken für Erbbaupachtwohnhäuser zu verwenden sei. Damit war in der Tat der rein ablehnende Standpunkt der Reichsregierung in dieser Frage durchlöchert; eine erste Geneigtheit, an ihre Lösung heranzugehen, machte sich bemerkbar.

Diese Beobachtung veranlaßte die Parteien des Reichstags zu einem neuen, nun schon energischeren Schritt nach vorwärts. Die beratenen Resolutionen wurden zur weiteren Bearbeitung einer 21 gliedrigen Kommission überwiesen, in der die Sozialdemokratie 7 Siege erhielt. Nach dem Zusammentritt dieser Kommission stellte es sich aber alsbald heraus, daß die Regierung entschlossen war, zunächst nicht weiter zu gehen und mit der Kommission in weitere Beratungen nicht einzutreten. Die anwesenden Regierungsvertreter erklärten, lediglich Zuhörer, also eine Art Gäste, und nur zur Erteilung von Auskünften bereit sein zu wollen. Die bisherige Zurückhaltung der Reichsregierung schien sich also auf die Dauer in einer Art von passiver Resistenz dokumentieren zu wollen.

Die Kommission war natürlich wenig davon erbaut. Aber anstatt sich dadurch ins Bochsorn jagen zu lassen, trat sie nun während des ganzen Frühjahr 1912 ihrerseits in weitere Beratungen ein. Eine Unterkommission wurde gebildet und auf Grund von Vorarbeiten, die diese machte, schließlich eine Resolution ausgearbeitet, der alle Parteien von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten ihre Zustimmung gaben. Am letzten Tage der Frühjahrssession des Reichstags, am 22. Mai 1912, ist diese dann dem Plenum des Reichstags vorgelegt und hier, wieder einstimmig, und ohne daß viele Worte dabei gemacht wurden, angenommen worden. Der Wortlaut dieser Resolution ist folgender:

1. Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage in der nächsten Tagung Gesetzentwürfe betreffend Regelung des Wohnungswezens vorzulegen, die folgende Grundzüge enthalten:

1. Mindestvorschriften über Bequemlichkeit und Bemühung der Wohnungen (Lage, Luftraum, Zutritt von Licht und Luft in die Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume, Zahl und Anlage der Aborte, Schlafstellen usw.) unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse in Stadt und Land

2. Vorschriften über eine amtliche Wohnungsaufsicht durch Orts- bezw. Bezirks- und Landeswohnungsämter mit einem Reichswohnungsausschuss als Zentralstelle für das gesamte Wohnungswezen.

3. Errichtung von Wandbrieffanstalten im Anschluß an die Landesversicherungsanstalten zu dem Zweck, um unter Reichsgarantie nach festen Normativbestimmungen möglichst hohe Wandbrieffdarlehen auf Hausgrundstücke als auch an Privatpersonen zu gewähren.

4. Regelung des Wohnungsneuwesens.

5. Ausbau des Erbbaurechts zum ausgiebigeren Gebrauch desselben im Interesse der Kleinwohnungsbaues.

II. Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Ergebnisse der Wohnungsaufsicht, des Standes des Wohnungs- und Bodenmarktes, der Wohnungsmieten und der Bautätigkeit jährlich zu veröffentlichen.

III. Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken

daß im Wege der Landesgesetzgebung der Bau von Kleinwohnungen gefördert werde.

1. Durch Festlegung von Normativbestimmungen über Bodenaufteilung, Bebauungspläne und Bauordnungen behufs Vereinfachung und Erleichterung des Kleinwohnungsbaues sowie zwecks weitläufiger Bebauung und Dezentralisation der Bevölkerung unter Anpassung an die besonderen Verhältnisse in Stadt und Land.

2. Durch Gewährung von Steuer- und Abgabenerleichterungen an die Besitzer von Häusern mit Kleinwohnungen sowohl seitens des Staates wie der Kommunen.

3. Durch Gewährung des Enteignungsrechtes an die Kommunen zur Beseitigung von schweren Mißständen im Bauungs- und Wohnungswezen.

Sieht man sich den Inhalt an, so muß man anerkennen, daß er verhältnismäßig äußerst reichhaltig ist, das ist um so mehr zu unterstreichen, als der Reichstag sich, wie gesagt, einstimmig auf sie vereinigt hat — eine Erscheinung, die äußerst selten ist, und daher ein Beweis, wie ernst es ihm mit der Reform des Wohnungswezens zu tun ist. Die Resolution setzt alle wichtigen Punkte fest, an denen nach der Ueberzeugung erprobter Fachmänner auf diesem Gebiete eine erfolgreiche Wohnungsreform einzugreifen hat. Zugleich wird sie in einem wichtigen Punkte der bisherigen Regierungsansicht gerecht, sie anerkennt, daß in der Tat verfassungsmäßig auch den Einzelstaaten ein Teil des Gebiets der Wohnungsreform zu überlassen ist, andererseits aber umschreibt sie auch klar und fest dasjenige Gebiet, wo allein das Reich mit Erfolg reformieren und eingreifen berufen und in der Lage ist.

Während des Sommers 1912, während der Reichstag in den Ferien war, ist diese seine Resolution draußen im Reich auf Kongressen mehrfach Gegenstand eindringlicher Beratungen von Wohnungsreformern gewesen, teilweise sogar auch die Grundlage fester Beschlüsse und Forderungen derselben geworden. Unter allen sei hier nur die zweite deutsche Wohnungsreform mit den Vertretern aller bürgerlichen Wohnungsreformorganisationen Anfang November d. J. veranlaßt hat. Auf ihr war so ziemlich alles vertreten, was mit einigem Ernst eine Reichswohnungsreform im bürgerlichen Lager beileibt. Und gerade auf dieser Konferenz hat die Reichstagsresolution eine besonders eingehende Würdigung und Unterstützung gefunden.

Die Hauptfrage war freilich, wie die Reichsregierung auf diese einmütige Aktion des Reichstags vom 22. Mai 1912 reagieren würde. Die Antwort darauf ist erfolgt, nachdem der Reichstag Ende November wieder zusammengetreten war. Auf eine Anfrage des Unterzeichneten an die Regierung erklärte dieselbe in der Sitzung vom 29. November wörtlich folgendes:

Die Resolutionen des Reichstages über die Wohnungsreform sind vom Bundesrat dem Herrn Reichskanzler übergeben worden. Der Herr Reichskanzler ist sofort mit den zuständigen Behörden in eine Erörterung eingetreten, die nach manchen Richtungen Schwierigkeiten bietet. Es wird sich darum handeln, die Grenzen der Zuständigkeit zwischen dem Reich und den Einzelstaaten festzustellen. Darüber finden eingehende kommissarische Beratungen statt, die nach Möglichkeit gefördert werden. Ich vermag aber nicht mit Bestimmtheit zu sagen, ob es möglich sein wird, dem hohen Hause noch in dieser Tagung den Gesetzentwurf vorzulegen.

Diese Antwort wurde dann noch in einer alsbald einberufenen Sitzung der Wohnungskommission durch weitere Erklärungen eines anderen Regierungsvertreters ergänzt. Aus ihnen ergab sich, daß die Regierung mehrerer Bundesstaaten auf die Verhandlungen der Reichsregierung überhaupt noch nicht ernstlich eingegangen sind. Unter denen aber, die in sie eingetreten sind, gibt es einige, die noch heute die Meinung vertreten, die Wohnungsreform sei allein Sache der Einzelstaaten, nicht des Reichs.

Mit dem Vorstehenden ist der gegenwärtige Stand der Bewegung auf Schaffung einer gründlichen Wohnungsreform in Deutschland charakterisiert. Aus ihm geht etwa folgendes Wichtiges hervor: Die Reichsregierung hat offenbar ihren bis Frühjahr 1912 innegehalten ablehnenden Standpunkt modifiziert. Sie wäre unter Umständen bereit, eine Wohnungsreform, die verfassungsmäßig durch das Reich möglich ist, in die Wege zu leiten, zunächst einmal durch Schaffung eines Reichswohnungsausschusses und alsdann durch Errichtung eines Hypothekengarantiefonds für Erbbaupachtwohnhäuser. Der Widerstand liegt nunmehr bei einer Reihe von Einzelstaaten. Einen von ihnen hat Genosse Dr. Frank in seiner Etatsrede bereits genannt: es ist Preußen. Die anderen aber sind noch unbekannt. Nach den Andeutungen des Regierungsvertreters sind sie jedoch nur unter den süddeutschen Staaten Hessen, Württemberg und Bayern zu suchen. Denn nur diese vier sind es, die schon Wohnungsaufsichtsgesetze oder doch Ministerialverordnungen über Wohnungsaufsicht besitzen. Soll also der Karren der Reichswohnungsreform nicht im partikularistischen Dreck stecken bleiben, so ist nun die nächste Aufgabe, in den Einzelstaaten den Hebel anzusetzen.

Das Nächste wäre, daß die einmütige Aktion der Parteien des Reichstags sich nunmehr in die Landtage fortzieht. Das heißt, daß überall, wo diese Landtage in diesem Winter tagen, dort alsbald ähnliche Resolutionen wie die im Frühjahr 1912 im Reichstag beschlossene in diesen Einzelstaaten eingebracht und die Regierungen aufgefordert werden,

ihren Widerstand gegen eine Reichswohnungsreformgesetzgebung aufzugeben.

Was sonst noch in dieser Richtung geschehen könnte, muß von den Anhängern der Reichswohnungsreform und insbesondere von den Parteigenossen an Ort und Stelle erwogen und getan werden. Jedenfalls tut Eile not. Denn die Erklärung des Regierungsvertreters in der Sitzung der Wohnungskommission des Reichstages schloß mit der Mitteilung, daß wahrscheinlich schon in den nächsten Wochen eine endgiltige Stellungnahme des Bundesrats zu erwarten sei. Es besteht also die Gefahr, daß durch die ablehnende Haltung einzelner einflussreicher Bundesstaaten der Wille der Reichsregierung zur Reform wieder gebrochen werden könnte. Das aber muß auf alle Fälle und mit allen möglichen und erlaubten Mitteln schnellst verhütet werden.

Politische Uebersicht.

Württemberg und Preußen.

Mit Jubel begrüßt die blauschwarze Presse des ganzen Reiches den Ausfall der Landtagswahlen in Württemberg. Konservativ und Landwirtbündler haben fünf Siege gewonnen, das Zentrum einen; mit 46 Mandaten stehen die Verbündeten jetzt allen übrigen Parteien des Stuttgarter Halbmondsaaes gleich stark gegenüber. Die Liberalen haben sieben Siege verloren, sechs an die reaktionären Parteien, einen an die Sozialdemokratie, die mit diesem kleinen Mandatsgewinn und verstärkten Wählerzahlen immer noch recht gut abschneidet. Es gibt zwei Siege, rechts und links der Liberalismus in der Mitte ist der Geschlagene.

Württemberg ist in den Augen der Schwarzblauen nur das Vorbild für Preußen. Ist es unter dem verhältnismäßig demokratischen Wahlrecht Württembergs so gut gegangen, den Willen der Wähler zu verfechten und der agrarischen Minderheit ein Uebergewicht über die proletarisch-kleinbürgerliche Mehrheit zu schaffen, so muß es in Preußen unter dem Dreiklassenwahlrecht erst recht gehen. Noch mehr als in Württemberg ist in Preußen die Niederwerfung des bürgerlichen Liberalismus das eigentliche Ziel, der Kampf gegen den sozialdemokratischen „Umschwung“ ein Vorwand. In Württemberg ist die Sozialdemokratie mit 17 von insgesamt 92 Mandaten immer noch eine starke Partei, in Preußen dagegen kann es der Rechten dagegen sehr wenig darauf ankommen, ob unter 443 Abgeordneten vier oder sechs oder zehn Sozialdemokraten sitzen. Der Liberalismus soll geschlagen und dann unter die Oberhoheit der Schwarzblauen gebracht werden, die sich auf diese Weise und mit seiner Hilfe eine dauernde parlamentarische Machtstellung sichern wollen.

Da ist es nun wirklich ein Bild für Hölzer, zu sehen, wie dieser Liberalismus selber den Strick dreht, mit dem er gehängt werden soll. Dieselben Parteien, die ihm seinen verhältnismäßigen Anteil an der parlamentarischen Macht verweigern, die ihn niemals zu einer Mandatszahl kommen lassen, die seiner Wählerzahl entspricht, dürfen immer auf willfährige Hilfsbereitschaft aus dem liberalen Lager rechnen. Von einem ernstlichen Versuch des Liberalismus, sich eine seinem Anhang entsprechende Vertretung im Parlament zu sichern, kann in Preußen noch weniger die Rede sein, als in Württemberg. Die Rechte hat allen Grund, sich zu freuen.

Rechnen wir einmal das württembergische Exempel in die preussische Währung um! Statt Proporz Dreiklassenwahlrecht, statt geheimer, direkter, öffentlicher und indirekter Wahl, statt Hieber Friedberg und für Payer Kopsch! Und da tut man, als hinge es bloß vom guten Willen der Sozialdemokratie ab, aus dem preussischen Junterparadies einen liberalen Himmel auf Erden zu machen!

Nein, sollte in Preußen die liberal-konservative Reaktion zurückgeworfen werden, dann müßten die Liberalen andere sein als sie sind, ja, sie müßten schon längst andere gewesen sein, als sie es waren. Dem taktisch schwankenden, programmlos zerfahrenen, nach allen Seiten ängstlich schachernenden Liberalismus droht in Preußen erst recht eine Niesenpein. Und das Bemühen, die Schuld daran einer fremden Partei, der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben, wird ganz vergeblich sein.

Die Sozialdemokratie ist stets bereit — nicht aus Liebe für den Liberalismus, aber aus Gründen demokratischer Gerechtigkeit — daran mitzuwirken, daß die bürgerliche Linke im preussischen Landtag eine ihrer Wählerzahl entsprechende Vertretung erhält. Wenn aber die Herren selber nicht wollen, dann wird ihnen eben nicht zu helfen sein!

Der Wahlrechtsraub in Neuß j. L.

Die Furcht vor der Sozialdemokratie hat ihre Früchte getragen: In namentlicher Abstimmung nahm am Sonnabend der Landtag des kleinen Fürstentums Neuß j. L. das Muralwahlrecht mit 9 gegen 6 Stimmen in dritter Lesung endgiltig an. Alle bürgerlichen Parteien leisteten der Regierung Hunderdienste, auch der Freisinn war dabei! Für diese Kulturtat sprach der Staatsminister den bürgerlichen Abgeordneten seinen Dank aus und schickte dann den Landtag bis März 1913 nach Hause. Der Mohr hat seine Schuldbüchlein getan. . .

Von der Höhe des Wahlkampfes

im Fürstentum Neuchâtel-Groby-Lobenstein entwirft der im Wahlkampf beteiligte Genosse Dittmann in der „Vergifteten Arbeiterstimme“ ein anschauliches Bild:

Alle die kapitalgekauften wirtschaftlichen Vereinigungen, die hinter den Liberalen stehen, stellen ihren Geldsack und einen großen Haufen agitatorischer Kräfte für den Wahlkampf in den Dienst der Kandidatur Stresemanns. Die kleine reichliche Heilung Grelz wurde fast auf den Kopf gestellt durch die geradezu amerikanische Art der Agitation für diese Unternehmerrandidatur. Es wimmelte im „Lühringer Hof“, dem liberalen Hauptquartier, von liberalen Parlamentariern, Parteiführern und Geschäftsführern von Unternehmerorganisationen, und ständig hielt eine Wagenburg von Automobilen und sonstigen Wagen vor dem Hotel.

Angesichts dieser gewaltigen Anstrengungen der Gegner war auch unsere Partei nicht müßig. Sowohl der Parteivorstand in Berlin wie die Reichstagsfraktion waren sich darüber klar, daß es sich bei dieser Wahl um das Prestige, das Ansehen der Fraktion und der Partei handelte, und daß dem gewaltigen Aufgebot der Gegner gegenüber auch unsererseits außerordentliche Kräfteanstrengungen erforderlich seien. Deshalb kamen unseren Grelzer Genossen bald organisatorisch, agitatorisch- und journalistisch-literarisch-geschulte Kräfte aus Lühringen und Sachsen, sowie aus Berlin, besonders aus dem Reichstage, zu Hilfe. Wohl an 20 parteigenössliche Reichstagsabgeordnete waren in den letzten acht Tagen im Wahlkreise tätig, manche von ihnen Tag für Tag. Auch unser Hauptquartier befand sich im „Lühringer Hof“, wo unsere Redner ebenso wie die liberalen logierten. Dadurch konzentrierte sich hier der ganze Wahlkampf. Von hier aus sausten Abends für Abends die Automobile und Fuhrwerke mit den Referenten und Diskussionsrednern beider Parteien hinaus aufs Land, da außer einer durchgehenden Bahnlinie in dem kleinen Ländchen keine Bahnverbindungen vorhanden sind.

Der Wahlkampf rüttelte die ganze Bevölkerung des Ländchens auf und erfaßte alt und jung. Die Wähler-Versammlungen wurden der Schaulust Hundentausender Rede-schlauchen, die sich bis tief in die Nacht hinein hinzogen und erst gegen 2 oder 3 Uhr nachts oder gar noch später kamen die Referenten und Diskussionsredner nach Grelz zurück. Der Ueberschuß an agitatorischen Kräften ermöglichte beiden Seiten, jede Versammlung des Gegners mit ein oder zwei oder noch mehr geschulten Diskussionsrednern zu besetzen, und so gestalteten sich die Redekämpfe zu interessanten Grund-sätzen Auseinandersetzungen zwischen zwei Weltanschauungen. Herr Stresemann und seine Freunde traten auf als konsequente Vertreter und Promoter des kapitalistischen Imperialismus. Sie predigten mit brutaler Offenheit das Evangelium der gepanzerten Faust und verteidigten in allen wesentlichen Punkten die Politik des Droi- und Fleischwunders, des Militarismus, der Flottenrüstungen, der kapitalistischen Kolonial- und Welt-Eroberung. Bis kurz vor Schluß des Wahlkampfes hielten sie sich im allgemeinen auf sachlichem Niveau, bis im letzten Augenblicke unter dem dünnen Schleier des politischen Anstandes doch die struppellose reichs-verbändlerische Kampfeslust hervorbrach.

Im ganzen Ländchen trat bei allen Versammlungen eine begeisterte Stimmung für die Sozialdemokratie auf. Die allgemeine politische Situation mit ihrer ständigen Kriegsgefahr und steigenden Teuerung, dazu im benachbarten Pfälzlande die Kämpfe des Droi- und Fleischwunders, des Militarismus, der Flottenrüstungen, der kapitalistischen Kolonial- und Welt-Eroberung, all diese Dinge machten es unseren Rednern leicht, die Massen für unsere Sache zu gewinnen und zu begeistern. Unsere Versammlungen, selbst in den kleinsten und entlegensten Dörfern, waren stets überfüllt, während mehr als die Hälfte der liberalen Versammlungen ausfallen mußte, weil keine Besucher erschienen waren; in den liberalen Versammlungen, die wirklich stattfinden konnten, bildeten vielfach unsere Genossen die Mehrheit. So war die Sozialdemokratie in dem Kampfe der Weltanschauungen unbesritten die Herrin der Situation, und die äußerlich glänzenden Reden der liberalen Apostel des kapitalistischen Imperialismus prallten von Hirn und Herz der Versammlungsbesucher ab wie von einer Mauer. Das brachte sie

schließlich zur Verzweiflung, in der sie dann zu den schäblichsten Reichsberandsmitteln griffen.

Den Höhepunkt des Wahlkampfes bildete das Rededuell zwischen Stresemann und Cohen, das am Montag Abend in Grelz auf Grund einer Vereinbarung stattfand. Der Vorfall in der Versammlung wurde paritätisch geführt, jede der beiden Parteien hatte 800 Eintrittskarten bekommen, für jeden der beiden Kandidaten waren 1 1/2 Stunden für das Referat und eine halbe Stunde für das Schlußwort vorher festgesetzt worden, das Eingreifen anderer Redner war ausgeschlossen worden. Die Liberalen hielten zu diesem Zweck die Anregung gegeben, nachdem sie auf unsere Anfrage, ob in der Wassermann-Versammlung in Grelz Diskussionsfreiheit gewährt werde, erklärt hätten, sie könnten keine Diskussion gewähren, weil Herr Wassermann noch denselben Abend in Zeulenroda, dem zweitgrößten Orte des Kreises, sprechen müsse. Völlig hatten sich die Liberalen im Vertrauen auf die bekannte Redegewandtheit Stresemanns der Erwartung hingegeben, der sozialdemokratische Kandidat werde dem angebotenen Rededuell ausweichen. Genosse Cohen hat in dieser Versammlung sowohl rhetorisch wie inhaltlich in glänzender Weise die Sache des Sozialismus vertreten.

Am Vorabend der Wahl begann der Umschwung in der nationalliberalen Kampfesweise. Flugblätter erschienen, besetzt mit kaum zu überbietenden Verunglimpfungen der Partei und ihres Kandidaten. Aber wir hatten Wind bekommen von dem zu erwartenden, und prompt erschienen zu gleicher Zeit unsere Antworten auf die Gemeinheiten der Gegner. Unsere letzten Versammlungen in den wichtigsten Orten besetzten die Liberalen mit einem großen Haufen von Diskussionsrednern. Gleichzeitig aber verweigerten sie unsere Diskussionen in ihren Versammlungen das Wort. In der Stresemann-Versammlung in Grelz wurde man sogar handgreiflich gegen unseren nicht zum Worte zugelassenen Diskussionsredner, den Genossen Wassermann, und ließ die Polizei requirieren, als unsere in der Versammlung anwesenden Genossen dazu nicht ruhig blieben. Hinterher kam man dann noch die Unverschämtheit, durch ein verlogenes Flugblatt am Wahlmorgen diesen Vorfall unzulässig in einen Versuch der Sozialdemokratie, die Versammlung zu sprengen. Aber auch auf diese Gemeinheit wurde die Antwort sofort gegeben, so daß dieser Wahltrick wirkungslos verpuffte.

Mit die Wägen wurden denn auch durch einen schönen Erfolg gekrönt.

Der Abschluß der württembergischen Landtagswahlen.

Völlig gebrochen ist die liberale Presse Württembergs über das nunmehr vorliegende Gesamtergebnis der Landtagswahlen. Sogar dem altnationalliberalen „Schwäbischen Merkur“ ist es nicht wohl bei dieser Bescherung, die er selbst angerichtet hat. Aber er löst sich mit der Hoffnung, daß die schwarz-blaue Hälfte des Landtags ihre Position nicht mißbrauchen könne und werde, und für diesen Fall wollen, wie der Reichstagsabgeordnete Reinalth ankündigt, auch die Nationalliberalen offen ins schwarz-blaue Lager einlenken. Das ist im Interesse einer reinlichen Scheidung sehr zu wünschen.

Namens der Volkspartei hat kürzlich der Abg. Kaufmann erklärt, ihr Platz werde im kommenden Sonntag auf der Bühne sein. Diese Erklärung wird im „Beobachter“, dem führenden Blatt der Volkspartei in Württemberg, nach dem Abschluß der Proporzahlen wiederholt. Im übrigen weiß der „Beobachter“ darauf hin, daß unser Parteimitglied Kaufmann im neuen Landtag Vizepräsident sein werde und läßt sich daran folgende Bemerkungen: „Die Linke wird also bei der Präsidentenwahl um eine Stimme verkirzt. (Der Präsident nimmt in der württembergischen Kammer an den Abstimmungen nicht teil.) Es werden 16 der Rechten gegen 15 der Linken stehen. Die Rechte kann sich so den „Schwarzen Präsidenten“ schaffen, wie es der Führer des Bundes der Landwirte gewöhnlich hat. Von da an aber ist dann die Rechte um eine Stimme schwächer als die Linke. Der schwarze Präsident“ wird also

nicht die Mehrheit hinter sich haben.“ Das führende Zentrum, Blatt Württembergs triumphiert: „Die Mehrheit der Linken gebrochen! Die liberale Herrschaft ist zu Ende!“ Bei der Proporzwahl ist nach dem nunmehr veröffentlichten amtlichen Ergebnis nicht der Parteigenosse Grelz im Wahlkreis, sondern der bisherige Abgeordnete Metzel gewählt. Die Stimmenzahl unserer Kandidaten im nördlichen Wahlkreis ist folgende: Feuerstein 74.432, Seymann 70.735, Metzel 68.660, Ernst 60.531, Erlensbusch 59.875, Pfälzer 59.356, Seymann 58.570, Wehr 57.527, Rohmann 56.098. Die drei ersten sind gewählt. Die letztgenannte Feststellung, daß Erlensbusch gewählt sei, beruht auf ungenauen privaten Nachrichten. Im nördlichen Wahlkreis bezog sich das amtliche Ergebnis auf die des Eisenbahnwärters Laub einen anderen Zentrumskandidaten als gewählt. Die sozialdemokratischen Kandidaten für diesen Kreis erhielten folgende Stimmen: Mattulat 42.473, Waagner 39.959, Prehmar 33.422, Flais 31.236, Mill 30.711, Maßbach 29.058, Götting 28.013, Gerlich 26.268. Mattulat ist gewählt. Die Gesamtstimmengahl der einzelnen Parteien betragen nach dem amtlichen Ergebnis im nördlichen Kreis: Sozialdemokraten 560.785, Volkspartei 330.811, Nationalliberalen 238.107, Zentrum 280.400, Arbeiterpartei 344.868. Im südlichen Kreis erzielten: Sozialdemokraten 262.904, Volkspartei 297.063, Nationalliberalen 142.620, Zentrum 588.719, Konservativen 391.911. Im übrigen stimmt das amtliche Ergebnis mit den vorläufigen Feststellungen überein. Die sozialdemokratische Fraktion besteht nunmehr aus den Genossen Ertel, Engelhardt-Cannstatt, Feuerstein-Stuttgart, Seymann-Stuttgart, Silberbrand-Stuttgart, Bornung-Heilbronn, Göltsch-Cannstatt, Kell-Ludwigsburg, Kemmelt-Eßlingen, Kurz-Neulingen, Lindemann-Degelesch, Mattulat-Stuttgart, Reichel-Stuttgart, Schlegel-Göppingen, Sperlar-Stuttgart, Taufcher-Stuttgart, Westmeyer-Stuttgart.

Die Stimmengahl des Zentrums und der Konservativen zusammen bleibt weit hinter der Hälfte aller abgegebenen Stimmen zurück. Trotzdem verfügen die beiden Parteien über die Hälfte der Mandate! Im Landtage wird daher ein Kampf um die Reform des Wahlverfahrens entbrennen. Ob die bürgerlichen Parteien wollen oder nicht: sie werden Farbe bekennen müssen, vor allem auch die Volkspartei.

Nach Neujahr geht Weismann an den Fragen.

Die „Berliner Volkszeitung“ ist in der Lage, über die Pläne der Reichskammer gegen Weismann folgende Neuigkeiten eingeweihter Ultramontanen wiederzugeben:

Die vertraulichen Sonderungen mit den benachbarten und freundschaftlichen Parteien im Reichstag und württembergischen Landtag haben ergeben, daß die Stellung des künftigen Reichstanzlers sich viel schwächer herausgestellt hat als angenommen wurde; darüber gehen die Herren von Degelesch, Dr. Dertel und Camp mit unseren Führern einig. Für die Zentrumspartei als Vertreterin des katholischen Volkes in Deutschland ist es ehrenpflichtig, mit diesem Reichstanzler, der sich schon vor zwanzig Jahren als Mitglied der konservativen Fraktion als Neuland im Reichstag zu brechen, weil er sowohl im Verhältnis zu Bayern als Bundesstaat als auch im Verhältnis zu Ungarn als Vormacht des katholischen Reiches keine beschränkte protestantische philosophische Anschauung wie zur Anwendung bringt, die zum Besten des verbündeten Kaiserreichs an der Donau nur in verklärtester Form und in der Todesackebahn seiner „bedrohten Existenz“ zu bestehen im Stande ist. Unter nach Neujahr mit Nachdruck einsetzender Kampf muß zum Siege führen, weil die Steuerpolitik des Herrn v. Weismann den konservativen württembergischen Verächter ist als dem Zentrum und weil auch einflußreiche Hofkreise dem Wutstern von Hofensdorf nicht weniger als hold gesinnt sind.

Also nach Neujahr! Wenn um die Besitzsteuer geht, will man Weismann seinem Vorgänger folgen lassen. Und als Diamant für die blaue schwarze Steuerherrscher sind die Jesuiten gerade gut genug.

Die Bagabunden.

Roman von Karl von Holtei.

Gräfin Julia sagt immer, es müßte auf einer großen Unversität ein eigener Lehrstuhl für angebende Eheverleiher und Hausfrauen eingerichtet werden, und die erste Professur müßte Hedwig haben, die dann weiter nichts vorzutragen hätte, als durch welche einfachen, natürlichen und doch so geistvollen Mittel sie einen rafflosen Bagabunden zum glücklichen Philister umgewandelt, der seine unumschränkte Freiheit nur dazu benutzte, den Pantoffel zu küssen. Die Gräfin behauptet, aus Hedwigs Schule und durch deren Schillerinnen würde eine neue Zeit für den Ehestand hervorgehen. Was mich betrifft, will ich schon aufstehen sein, wenn Hedwig guter Geiz auf unsere Tochter Otilie forterbt, und ich habe meiner Frau eingeschrieben, dem Kinde jeht ein ausgiebiges Privatstudium über unterschiedliche Stadien der Eifersucht zu lesen, bis ich während des Brautstandes wahrgenommen. Vergessen sie nicht, lieber Holtei, diesen Punkt in unserem Roman gebührend hervorzuheben. Vielleicht nimmt sich's manche junge Frau zu Herzen!

Nun aber wollen wir speisen, — und dann gehen wir meinen Weibern entgegen.

Zielentunde wird im Bräutigam abgeholt.

Viertel Tag.

Herr hatte das Schloß ein anderes Ansehen. Die Gegenwart einer solchen Hausfrau bringt neues Leben und verleiht auch reinen Mannern einen unerschütterlichen, dennoch nicht abzuliegenden Schimmer.

Ich fand Hedwig unverändert, wie ich sie in Wien und später im Circus bei Lugani gesehen. Man hätte auch nicht geglaubt, daß sie im Begriffe stünde, Großmutter zu werden. Gräfin Julia, eine Dame von fünf bis sechsundsiebzig Jahren, verlegte mich durch ihren Anblick in meine frühesten Kindertage. Damals gab es noch häufig Erscheinungen in der vornehmen Welt, die Ehrfurcht und Liebe im Greisenalter der jugendlichen vermochten, Frauen mit grauem Haar, die nur dem Strahlen begleitet erschienen, bei deren Eintritt jede Robe entfiel, jede Redefreiheit versammelte, jede Gemeinheit bescheiden erstickte; alte, sehr alte Frauen, die Profanen und Hochförmlichkeit mitbrachten, Kopf und heitere Gesichtsgebeirten, feiner Scherz verstanden, Geiz und Talent schätzten; hochadlige Namen, die stolz waren, ohne hochmütig, würdig, ohne mürrisch, fromm, ohne frommelnd und unablissig zu sein. Sie sind selten geworden. Gräfin Julia veränderte alle Eigenschaften, vor denen man sich gern bewunderte, nicht, sie war noch schön.

Anton hatte mir berichtet, daß auch sie meine „Wergia Jahre“ gelesen.

Bei der heiligen Ehen, welche die Welt in Trübsen erregte, erhabene Frau mir erregte, schlug mich diese Nachricht wie ein Hammer. Ich wagte kaum zu reden, wenn ihr Auge bisweilen auf mich ruhte.

Am Freitag kam das Gespräch auf Anton's Plan wegen des Remotes, das er mir aufgetragen. Zielentunde, nachdem sie Julia und Maria zu Bett gebracht, lag davon zu reden an. „Das wird lang sein“, rief Hedwig. „Aber Sie dürfen nichts unterbrechen.“

„Nicht allein lustig“, sagte die Gräfin, „es kann auch lehrreich werden.“

„Nur um alles in der Welt keine moralischen Predigten“, meinte Zielentunde; „nur leichte, fließende Erzählung. Die Moral mag sich jeder selbst herauszuleiden suchen; denn wer dies nicht vermag, für den wäre sie ohnedies nicht vorhanden, und wenn man sie mit roten Letzta hineinbrückt.“

„Und der Lust“, fragte Hedwig, „was für einen Titel wählen Sie? Ich nenne für die „Bagabunden“.“

Durch Ermahnungen angenommen“, riefen alle.

„Gewiß“, fuhr Hedwig fort, „ich glaube, es gibt nichts in der Welt, was jemals für Geld zu haben und auf Reisen war, wozu Anton nicht in Verührung kam!“

„Aber denjenigen „Bagabunden“, antwortete unser Geld, die „zu meiner Zeit“ eben noch nicht erschienen, denen wir aber allerdings später begegneten. Da sind zu nennen: Improvisatoren, das heißt Menschen, welche unvorbereitet die deutsche Sprache zwingen, ihnen in vorzeitlichen Werken dienbar zu sein; eine Kunst, die Goethe mit der Feder in der Hand für unerreicht hielt; — dafür war er freilich auch nur ein Gelehrter! — Ferner die Schmelzer, die vor zehn Jahren das ganze Land überhimmeln und gewöhnlichen die Ambrosianer überholten. Sodann indische Bagabunden, arabische Beduinen und, vergessen wir nicht, was uns so nahe liegt, Vorleser.“

„Richtig“, rief Hedwig laut auslassend, Vorleser, die sich hinsetzen und drei Stunden lang aus ihrem kleinen Büchlein auf ihre geduldigen Zuhörer einreden. Ja, ja, Sie sind auch ein Bagabund, Herr Vorleser, wir haben Sie auf Ihren Streifzügen getroffen, wir haben Sie gehört.“

„Aber ich nicht“, sagte Zielentunde.

„Roh ich“, sagte die Gräfin. „Der Abend wärrt noch lang, wie wäre es?“

„Ich hat die Gräfin, zu befehlen, was sie hören wolle. Sie wählte Goethe's Jübigkeit.“

Nach der Vorlesung empfahl ich mich. Es war beschlossen, daß ich am nächsten Tage frühmorgens reiten würde.

Die Gräfin gab mir einen Kuß, daß sie mich noch auf ihrem Zimmer zu sprechen wünsche.

Als ich Lebenslust gefast und Anton gezeiten, sich morgen früh weiterzuziehen nicht aus der Ruhe führen zu lassen, trennten wir uns wie alte Freunde.

Ich folgte der Gräfin.

Allein mit mir, nahm sie das Wort:

„Mein Hoffgeheiß hat nicht bedacht, daß die literarische Arbeit, wozu er Sie aufmannt, und die nur dann des Lesers Teilnahme erwecken kann, wozu sie wahr ist, aber wahr bis ins tiefste Geheimnis der menschlichen Seele, außer ihm noch andere Persönlichkeiten berührt. Sollten Sie mich nicht für eine engherzige Frau, die durch Standesbeschränkungen oder vorgerücktes Alter verhindert würde, die Dinge anzusehen, wie sie sind. Ich weiß mich vor jedem Vorwurfe frei. Aber ich wünsche nicht in einem Roman eine Rolle zu spielen, so lauz ich noch lebe. Rügen Sie Namen und Orte verändern, wie Sie wollen, ... mein furchtbares Geschick können, dürfen Sie nicht verändern in Ihrer Erzählung.“

„Denn ich bin, haben Sie freies Feld. Meines Gewalts Name steht mit mir. Das Geschick ist erloschen. Dann laßt denken, was Ihr wolle. Und so geben Sie mir

ihre Hand mit dem Versprechen, mein Ende abzuwarten solange werden Sie nicht zu warten brauchen. Das weiß ich am besten.“

Fünfter Tag.

Der Morgen graute kaum, als ich das Schloß verließ. Peterl hatte noch nicht eingespart.

Ich hat einen Diener, der mir das Tor öffnete, mein Gepäck aufzuladen und den Wagen vor die Tür des Friedhofs zu schieben.

Tabin begab ich mich in diesen Herbstnebel.

Ich suchte vor der Gruft und über den Gräbern die Inschriften auf, welche Pflicht, Dankbarkeit, kindliche Liebe ihren Verkörborten gewidmet. Ich fand Ansel Rufus und Mutter Göltsch, fand den Wittwefter und den guten Pastor Karich, ein sehr langer Grabhügel fiel mir auf; die Tafel, die ihn bezeichnet, enthielt nur die Worte: Schrampl, der Nieme.

Im Winkel an der Mauer fand ich ein Kreuz, worauf ich die Worte las: Der schwarze Wolfgang. Auch dieses Grab war ein kleiner Blumengarten, — freilich jetzt ohne Blüten.

Peterl knollte draußen, zum Zeichen, daß er bereit sei! Ich verließ Liebenau.

Sendschreiben des Herrn Anton Gahn auf Liebenau an Herrn Karl von Holtei irgendwo.

Schloß Liebenau, 13. November 1850.

Mein lieber Freund Holtei!

Hedwig, Otilie — ich meine die alte, — die Kinder und ich kehren soeben von Sophienthal heim, wo wir unsere Gräfin Julia begraben.

Ich vermag Ihnen weiter nichts über die letzten Tage dieser Heiligen zu berichten: sie starb, wie sie lebte.

Ihre Verlust ist durch nichts zu ersetzen, auch die Zeit wird ihn nicht lindern. So lange wir leben, wird sie uns schelen. Wir jammern nicht, wir haben uns die Haare nicht ausgerast, als sie verschied, — von dieser ungebürdigen Art ist unser Schmerz nicht, er hätte diese Erbeshunde nur entweihen. Wilde Klagen verflammen im Gedächtnis des neuen Lebens: milde Trauer endet erst mit dem Leben.

Wir sind alle gesund. Meine Tochter Otilie hat einen Knaben, mein Sohn Guido studiert Arzneikunde, Julia's und Adele werden nach und nach Jungfrauen und marien auf Männer.

Aber wo wachsen bergleichen für sie in unserer Zeit? Ich habe viel zu tun. Die Gräfin hat mir die Auslieferung ihres letzten Willens hinterlassen.

Dieses Briefchen gehört dazu.

Einige Tage vor ihrem Tode erinnerte sie mich, Ihnen zu schreiben. Ich soll Ihnen danken, daß Sie Wort gehalten. — und jetzt sind Sie Herr über jene Papiere, die ich Ihnen anvertraute. Gebrauchen Sie dieselben, wie Sie wollen.

Die Meinungen, Zielentunde eingeredet, grüßen herzlich. Auch die dicke Letztlicher Peterl will empfohlen sein.

Wenn Ihr Buch fertig ist, so bringen Sie's uns; mit rechnen selber darauf.

Und ärgern Sie nicht zu lange. Freiß daran! Eien Sie fleißig und schreiben Sie die Bagabunden, Sie alter Bagabund!

Ihr ergebene Anton.

Konzerthaus „Lou“

Kaiser-Wilhelmstr. 172/74 früh. Kaffeehaus Kleinburg (Schliebs) Kaiser-Wilhelmstr. 172/74

Spezial-Ausschank der Schultheiss-Brauerei A.-G.

Nach vollständiger Renovierung und Umbau

Eröffnung am 25. Dezember

(Erster Feiertag)

7467

An den Feiertagen:

Grosse Extra-Konzerte

Ununterbrochen von nachmittags 5 Uhr bis abends 11 Uhr

Täglich Künstler-Konzerte

Stadt-Theater

Die Aufgabe der Ehrenämter erfolgt täglich während der Kassenstunden in der Kassenkammer des Stadt-Theaters.

Montag 7 1/2 Uhr:
(Gestiegte Opernreihe).
„Die lustigen Weiber von Windsor“.
Dienstag geschlossen.
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Schneewittchen“.
Abends 7 Uhr:
„Lohengrin“.
Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Schneewittchen“.
Abends 7 1/2 Uhr: 7508
„Sonnhüter“.

Lobe-Theater

Montag 7 1/2 Uhr: 7512
„Ariadne auf Naxos“.
Dienstag geschlossen.
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Hänsel und Gretel“.
Abends 7 1/2 Uhr, zum 1. Male:
„Die Färsin“.

Thalia-Theater

Mittwoch 7 1/2 Uhr:
„Die moderne Eva“.
Donnerstag 7 1/2 Uhr:
„Al-Wien“.
Freitag 7 1/2 Uhr: 7516
„Die Pokarprinzessin“.
Sonnabend: Sonnabend-Opern.
Kleinertheater-Vorstellung. Neue Rollen.
„Hänsel und Gretel“.

Schauspielhaus

Montag 8 Uhr: 7520
„Der Franzosener“.
Dienstag geschlossen.
Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Die Fledermaus“.
Abends 8 Uhr:

Sajpid Henry Bender

Zum 1. Male:
„Parsifal“ Nr. 10“.

Ueblich's Etablissement

Täglich abends 8 Uhr:
Das grandiose 7500
Dezember-Programm.
I. und II. Feiertag:
2 Fast-Vorstellungen
Anfang 4 Uhr und 7 1/2 Uhr.

Viktoria-Theater

Parlamente-Ensemble 7004
(Innes Liederpreis)
Anfang 8 Uhr. Boss gütig.

Schlesische URANIA

Lehranstalt für
Jugend G. m. b. H. 60000
Junkerstr. 38/40
Ecke Altbüblersir.



Eröffnung
Mittwoch d. 25. Dez.
Nachmittags 4 Uhr

DAS
ERÖFFNUNGS
PROGRAMM

Palast-Theater

BRESLAU
Neue Schweidnitzerstrasse 16
Telephon 4991.

Vom Sonntag, den 21. Dezember ab:
Vollständig neues
Programm.

Grosser Saal.
Leben od. Tod

Ein spannendes Schauspiel
in 2 Akten.

Im gross. u. klein. Saal:
Beisetzungsfestlichkeit
in München im Beisein
S. M. des Kaisers

und
Franziskas Weihnacht.

Ein wunderbar koloriertes
Weihnachtsbild ergreifenden
Inhalts.

Sowie als Enlage das übrige
für Breslau vollständig neue
Programm. 7481

Eröffnung
Mittwoch d. 25. Dez.
Nachmittags 4 Uhr

DAS
ERÖFFNUNGS
PROGRAMM

Eröffnung
Mittwoch d. 25. Dez.
Nachmittags 4 Uhr

DAS
ERÖFFNUNGS
PROGRAMM

Eröffnung
Mittwoch d. 25. Dez.
Nachmittags 4 Uhr

DAS
ERÖFFNUNGS
PROGRAMM

Eröffnung
Mittwoch d. 25. Dez.
Nachmittags 4 Uhr

DAS
ERÖFFNUNGS
PROGRAMM

Eröffnung
Mittwoch d. 25. Dez.
Nachmittags 4 Uhr

DAS
ERÖFFNUNGS
PROGRAMM

Die 10 Gebote u. die besitzenden Klassen
von Hoffmann — 30 Pfa.
Zu beziehen durch die Expedition

„Der wahre Jakob“
Sozialdemokratisches Wählblatt. — Heft 10 Pfa.

Ein neuer Beweis
für den kolossalen Anklang,
den unsere Darbietungen stets
finden, bildet die Tatsache,
dass man unsere

**Gratis-
Weihnachts-
Bescherung**

direkt zum Gegenstand des Tagesgesprächs erhoben hat.
Merken Sie es sich ganz genau: jeder Käufer kann
sich — ungeachtet der Höhe der Kaufsumme — sein Ge-
schenk aus der reichhaltigen Ausstellung selbst wählen.
Trotzdem nach wie vor

die bekannt billigen Preise
die bekannt kleinen Anzahlungen
die bekannt leichten Abzahlungen

— das alles stempelt unser Unternehmen zu dem, was es ist, nämlich
Schlesiens populärstes und bevorzugtes KREDIT-HAUS

Julius Ollendorff & Co
14 Albrechtstr. BRESLAU Albrechtstr. 14

Wer unsere Firma kennt
kennt auch unsere Leistungsfähigkeit und Kolanz

Was wir verkaufen
dient uns als Empfehlung

Wie wir verkaufen
dient uns als Rohlame

sei es nun in
Herren-, Damen-, Kindergarderobe Pelzwaren
oder Möbeln, Betten, Polsterwaren, Teppichen,
Gardinen usw. usw.
in allen Artikeln finden Sie

die grösste Auswahl.

Spezialität: Übernahme kompl. Wohnungs-Einrichtungen.
Lieferungen nach auswärts erfolgen franko.
— Verlangen Sie unseren Katalog. —



Freischwinger

wie Abbildung
ca. 1 Meter lang. Zifferblatt verguldet,
20 cm Durchmesser und verguldetes Pendel.
14 Tage gehend, 1/2 und 1/4 Stunde schlagend
mit 3 jähriger schriftlicher Garantie

nur 15 Mark.
Derlei in geringerer Qualität 13, 11 u. 9 Mk.

Albert Möwius,
Uhren- u. Goldwaren-Geschäft, Gegr. 1866.
Kupfergasse 56, vom Ring aus links. 6750

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 23. Dezember.

Volksvorstellungen an den Weihnachtsfeiertagen.

Am ersten und zweiten Weihnachtsfeiertage finden im Thalia-Theater zwei Volksvorstellungen für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins statt, und zwar am

ersten Feiertage:

„Magdalena“, ein Volksstück von S. Thoma,

am zweiten Feiertage:

„Blasemann als Erzähler“ von Otto Ernst.

Billetts für beide Vorstellungen werden täglich zwischen 12 und 3 Uhr noch in unserer Expedition an die Mitglieder des Vereins ausgegeben.

Eine gemeingefährliche Friedhofsdiebin.

Die 22jährige Näherin Elfriede Statulla, von der wir am Sonnabend schon kurz berichteten, wurde vom hiesigen Schöffengericht wegen Diebstahls in zahlreichen Fällen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte hatte sich zum größten Teil bei Verurteilungen als dreifache Landhehlerin betätigt. Aus den Zeitungen erlah sie, wo jemand starb. In Trauerkleidung ging sie dann stets zu den Beerdigungen und spielte die Leidtragende. Oft ging sie aus dem Leichenhaus hinaus und benutzte die Zeit, um an der Sarg geschlossen wurde und der Beisetzende die Endbestimmungen sprach. Dann, wenn die Frauen und Mädchen die Handtäschen abzuwickeln oder geschickt zu öffnen und den Inhalt zu hehlen. Gelegentlich ging sie auch in die Kirchen, um unter der Pflanzener Fremden die Taschendiebstähle auszuführen. Es ist wirklich erschauend, mit welcher Frechheit sich das Mädchen auf ihre Betrugsgewerbe verstand. Die Beweisaufnahme ergab, daß sie bei manchen Beerdigungen vier bis sechs Frauen die Portemonnaies gestohlen hat. In einem Falle nahm sie eine Frau, die mit dem Thalia-Theater war, außer der Uhr auch noch das Portemonnaie mit reichlichem Inhalt. Von den Diebstählen besitzt das Mädchen lange Zeit hindurch seinen Lebensunterhalt und hielt auch ihren Bräutigam, einen Müller, vollständig aus. Gelegentlich unternahm sie auch Walfarther nach West- und Ostpreußen, die sich im Umvertrieb vermittelte. Die Kriminalpolizei konnte der Diebin nicht auf die Spur kommen, ein Zufall führte zu ihrer Verhaftung. Ihre Wirtin, die sie bisher als ein rechtschaffenes Mädchen angesehen hatte, fand am 1. November 1912 bei ihr einen ganzen Mannensack voll leerer Portemonnaies. Die Frau benachrichtigte davon die Polizei, und im Laufe des Ermittlungsverfahrens konnten viele Frauen unter den beschlaggenommenen Portemonnaies ihr Eigentum wiedererlangen. Vom Landgericht oblag die Anklage vor einigen Jahren wegen vorsätzlicher Brandstiftung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Der Staatsanwalt, der in jedem Diebstahl eine selbständige Straftat erblickte, beantragte gegen das Mädchen ein Jahr und neun Monate Gefängnis. Das Gericht nahm eine einzige fortgesetzte Straftat an und erkannte auf neun Monate Gefängnis, weil noch Hoffnung bestehe, die Angeklagte auf den rechten Weg zu bringen.

Von der Oderschiffahrt

Wie gemeldet: Geringe Nachfröste, am Tage warme Temperatur, dazu im Quellgebiet der Oder und in der Grafschaft Mag zahlreiche Niederschläge, erhöhten dem Oberwasser zwei oder mehr Wärmegrade, so daß Eisbildungen nicht aufkommen konnten. Der Wasserstand erhöhte sich am Kaliborer Pegel von 1,51 Meter in dieser Woche bis auf 1,10 Meter, und sank am Freitag wieder auf 2,25 Meter ab. Der Breslauer Unterpegel zeigte vorwöchentlich 1,32 Meter und jetzt 1,16 Meter. Ein Verkehrshindernis hätte also in der Witterung auch im oberen Oberlauf nicht bestanden, wenn nicht die Behörde bedauerlicherweise aus den bekannten Gründen den Verkehr zu Berg und zu Tal vollständig unterlag hätte. An der Staustufe Krenpa ereignete sich dieswöchentlich ein Schiffsunfall, der dem Nadelwehr gefährlich wurde. Der Herr Oberpräsident sah sich daher, wie schon gemeldet wurde, veranlaßt, am 19. Dezember folgende Bekanntmachung zu erlassen:

Durch die erfolgte Zerstörung von Böden und Nadeln am Wehr zu Krenpa, infolge Schiffsavarie, wird das beschriebene Niederlegen der Wehre im Wasserbauwesen bereits am 23. d. Mts. ausgeführt werden und damit die Schiffsahrt dieser Strecke von diesem Tage ab aufhören.

Diese Verfügung ist an und für sich für die Schiffsahrt belanglos, weil, wie vorgelegt, der Verkehr durch die behördlichen Anordnungen früher bereits unmöglich gemacht wurde.

Lobe-Theater.

Am Sonnabend ging auf unserer Schauspielbühne der erste Teil der großangelegten Schillerischen Schöpfung „Wallenstein“ in Wallensteins Lager“ und „Die Piccolomini“ in Szene. Die besonders schwierige Aufgabe, das Lagerleben des dreißigjährigen Krieges in seinem zwanglosen Treiben zur Darstellung zu bringen, ist der Regie des Herrn Penno gut gelungen. Wichtig war der „Machmeister“ des Herrn Barua, wie es auch Herr Walschko gut verstand, den durch die Not zum verfallenen Epithublen gewordenen „Pauer“ lebenswahr darzustellen. Herr Will als „Kapuziner“ zeigte bei seiner herkömmlichen Liebe gar zu wenig den verrannten frommen Mönch, er war mehr ein philosophischer Klosterbruder. Doch im Ganzen hielt man sich im „Lager“ recht wacker.

Daselbst kann allgemein für die „Piccolomini“ gelten, wenngleich uns der „Wallenstein“ des Herrn Johow etwas tieferen vorkam. Dieser Darsteller pflegt sonst menschenwürdigere Töne zu finden; das tiefe Pathos, das z. B. bei einem Platonstisch so fortwäh, schlägt bei ihm leicht ins Gegenteil um. Schlicht und recht war der Octavio des Herrn Schmidt. Wenn auch Herr Skoda ein prächtiges Feuer mitbringt, so hat seine temperamentvolle Sprache, unbeschadet aller Klarheit, den großen Fehler, daß man in Augenblicken seiner Erregung kein Wort versteht. Es irrtubelt eine tolle Jagd von Tönen aus seinem Munde hervor, die ein Verstehen direkt unmöglich macht. Daß man temperamentvoll und doch deutlich sprechen kann, hat vor kurzem erst Wolff uns wieder in „Romeo und Julia“ gezeigt. Dagegen bleibt Herr Bauer bei allem scheinbaren Schwebenlassen immer verständlich, dazu trägt zwar weniger seine klare Aussprache, als sein unendlich nuancenreiches Organ mit bei. Besonders prächtig gelang ihm als „Jolani“ die Banlettzene, in der er, sinnlos betrunken, aus seinem Herzen seine Mördergrube macht. Mit festerem Takt trat Frau Sante den richtigen Ton als die kühle Diplomatin „Gräfin Terzky“. Das jugendliche und liebreizende Wesen der Tochter Wallensteins fand bei Fr. Köcher eine hingebende Darstellerin. Sie vermied alles rührselige und brachte dennoch die ganze Besessene dieser stark idealisierten Schillerischen Mädchenwelt mit feinem Gefühl heraus.

Schlesische Urania.

Vor einem geladenen Publikum, das aus Mitgliedern des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung, zahlreichen Lehrern und auch Vertretern der Breslauer Arbeiter bestand, wurde ein Unternehmen der Öffentlichkeit übergeben, daß sich die Aufgabe gestellt hat, das kinematographische Lichtbild der Wissenschaft und dem Geschmack dienbar zu machen. Ohne Frage eine sehr zeitgemäße Aufgabe. Mag man zu dem „Kienow“ stehen wie man will, es ist eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß es das Theater der minder bemittelten Bevölkerung geworden ist. Leider hat ein verkehrter Geschmack der Filmfabrikanten sowohl, wie auch des Publikums, hier einen unbeschreiblichen Schaden angerichtet, so daß man geradezu von einer Gefahr sprechen kann, die von dieser Seite dem allgemeinen Geschmack droht. Auch wir können es daher nur begreifen, daß sich auch in Breslau ein Unternehmen gegründet, das hier bessernd eingreifen will. Die ursprüngliche Absicht, nur wissenschaftliche Filme zu bringen, mußte wegen der hohen Kosten aufgegeben werden. Öffentlich fällt die Auswahl der bloßen Unterhaltungsfilme so aus, daß man wirklich von einer begreifbar wertigen Erneuerung sprechen kann. Uebrigens ist der Titel „Urania“ nicht etwas sehr schön? Man denkt dabei unwillkürlich an die großartige Berliner „Urania“ mit ihren ständigen Ausstellungsräumen für Physik, Chemie und Biologie, ein Institut, das in Breslau sicher großen Anklang finden würde, zumal bei den Arbeitern nicht doch auch die Berliner Urania finanziell vorwiegend auf die politische und gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft. Es sei im Anschluß hieran bemerkt, daß jene keine Erwerbsgesellschaft wie das Breslauer Unternehmen ist. Doch vielleicht kann noch alles werden. Wenn die G. S. P. das hält, was sie durch den Mund des Stadtverordneten Herrn Heidrich verkünden ließ, so hat sie auch unsere vollste Sympathie.

Die zweckmäßig einrichteten Räume sind in ihrer Farben- und Lichtwirkung etwas stark, auch die Akustik ist keine gute, doch kann man gut sehen. Das Publikum wird am ersten Weihnachtsfeiertag Gelegenheit haben, sich über die Darstellungen, aus denen wir uns zu einer neuen Film „Der Rhein von seiner Quelle bis zu dem Mündung“ beordnen, selbst ein Urteil zu bilden.

Literatur.

Die Zeitschrift, die bekannte von Georg Mühsen her ausgegebene literarische Zeitung für das deutsche Volk, bietet auch in den letzten uns vorliegenden Nummern 147züglichen Besessenen für alle Kreise und Stände. Nummer 15 bringt zu Ludwig Uhlands 50. Todestag eine Würdigung dieses schwäbischen Dichters aus der Feder Friedrich Hebbels, ferner enthält sie einen neu aufgefundenen Brief aus Eduard Mörikes Brautzeit. Unter der Rubrik: Wie es im Volke dichtet, sind einfache, gehaltvolle Gedichte einer Arbeiterfrau veröffentlicht. Hans Brandenburg schreibt über die Freie Schulgemeinde in Widdersdorf, ein Münchener Kompositist, Siegfried Garibaldi Kallenberg, ist mit einem seiner schönsten Lieder herausgegeben. Und damit der Humor zu seinem Rechte kommt, ist ein altes lustiges Jahrmarktlied abgedruckt. Die Nummer 16 ist dem gelehrten Dichter Gerhart Hauptmann, dem deutschen Nobelpreisträger, anlässlich seines 50. Geburtstages gewidmet und bringt Bild und Facsimile des Dichters nebst Proben aus seinen schönsten Werken, sowie einige Stimmen über ihn. Mit einem Zyklus alter reizender Kinderverse bringt die Nummer aus. In Nummer 17 kommen wieder zwei Dichtertage aus dem Arbeiterstand zu Wort. Aus Cooks Buch „Meine Eroberung des Nordpols“ ist das interessanteste Kapitel abgedruckt. Dazu hat der Herausgeber eine Einführung geschrieben, die schon darum Beachtung verdient, weil sie eine Neueinstellung des vielgeschmähten Forscher gibt. Im gleichen Heft ist das zweite Jahressuch der Zeitschrift angehängt, eine Novellenammlung des rheinischen Dichters Wilhelm Scheidtmann „Das Glücksschiff“, das allen Jahresabonnenten der Zeitschrift kostenfrei abgegeben wird. Auch ein Weihnachtsheft liegt bei, der dazu benötigt werden kann, der Zeitschrift neue Freunde und Förderer zuzuführen. Trotz ihrer ungemessenen Reichhaltigkeit ist der Preis dieser Wochenschrift sehr niedrig, pro Heft 15 Pf. Dazu werden noch jedes Jahr zwei Jahressuchungen abgegeben, die allem schon einen Wert von drei Mark repräsentieren. Probehefte der Zeitschrift sind auf Wunsch der Geschäftsstelle in Stuttgart, Ludwigsstraße 26, gratis und franko zu beziehen.

Zwischen Breslau und Stettin hat die Schiffsahrt noch volle Bewegungsfreiheit und auch der Oderpreekanal wird erst mit dem 31. d. Mts. zum Zweck von Reparaturen geschlossen. Der Schleusenbau vor den Hirschberger Schleusen in der Richtung nach Berlin ist nur äußerst gering gewesen, dagegen haben die von Hamburg und Berlin für die Oder bestimmten Schiffe bei der Durchfahrt und Ausfahrt aus dem Kanal jetzt noch 1 1/2 bis 2 Tage vor den Schleusen zu warten. Der Verkehr zu Tal von Breslau ist besonders in Wintern noch recht lebhaft, so daß die hiesigen Umschlagstellen dem Andrang nur ungenügend dienen konnten.

* **Achtung, Militärpflichtige!** Alle in den Jahren 1893, 1892, 1891 oder früher geborenen, im Stadtkreis Breslau sich aufhaltenden Militärpflichtigen, über deren Dienstpflicht noch keine endgültige Entscheidung getroffen ist oder die von Ersatzbehörden nicht über das Jahr 1913 hinaus hiervon entbunden oder zurückgestellt worden sind, werden vom Magistrat aufgefordert, sich zur Aufnahme in die Rekrutierungskammliste des Stadtkreises Breslau für 1913 im Bohler'schen Lokal, Mehlgasse Nr. 11 „Sansonet“, nach Polizei-Kommissariaten vom 15. bis 31. Januar 1913 zu melden. Näheres an den Umschlagstellen.

* **Die Polizeiverordnung für das Trostschiffwesen wird angefochten.** Die Sektion der Trostschiffbesitzer des deutschen Transportarbeiter-Bundes und eine Anzahl von Trostschiffbesitzern haben sich beschwerend an den Rekrutierungsausschuss gewandt wegen des § 32 Abs. 2 des Trostschiffgesetzes, der da lautet: „Auf den mit einem besonderen Fernsprech-Anschluß an die öffentliche Fernsprechanlage versehenen Halteplätzen dürfen indes nur solche Dreiräder auffahren, deren Eigentümer Mitglieder der die Kosten oder sonstige Verpflichtungen für diesen Anschluß tragenden Vereinigungen sind“. Durch diese Vorschrift würden die Kutscher, die alle keiner kostentragenden Vereinigung angehören, ebenso sehr viele Trostschiffbesitzer, die nicht organisiert sind, in ihrem Erwerb sehr geschädigt. Andererseits stelle diese Bestimmung auch einen Zwang dar, sich einer Vereinigung anzuschließen. Die besten Halteplätze werden den angeführten Dreirädern entzogen. Die Kutscher und Besitzer erwarten, daß der fragliche Paragraph gestrichen oder abgeändert wird.

* **Der „beleidigte“ Arbeitswillige.** Als im März dieses Jahres die Keller des Café Geier freigegeben, fanden sich mehrere Arbeitswillige, die es nicht unterlassen konnten, Kaufherberdienste zu leisten. Unter diesen Leuten war auch der Keller Geier, Mitglied des deutschen Arbeiterbundes, bei dem der Liebesdienst nicht von langer Dauer war. Nach ein paar Wochen stand Herr Geier vor dem hiesigen Gewerbegericht, verklagt von seinem Schilling Meier, und zwar wegen vorsätzlicher Entlassung auf 14 Tage Gefängnis und Zurückzahlung der Kranken- und Invalidenbeiträge. Diese wurden Meier zugesprochen, mit der Entschädigungsbefreiung wurde er abgewiesen. Während der Verhandlung erklärte Geier, er hätte den Meier niemals entlassen, da er seinen Kollegen auf deren Nummer an der Meier-Kasse Beiträge bis 3 Mk. gestiftet hat. Diese Aussage des Geier war die Veranlassung zu einem Artikel im Fachorgan „Der Gastwirt“, geblüht. Am Sonnabend stand der Verantwortliche dieses Blattes vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Verleumdung. Auf Antrag des Rechtsanwält Bandmann wurde die Verhandlung vertagt, um 2 weitere Zeugen zu vernehmen. Geier sagte in der Verhandlung aus, es sei ihm zu Dorn gekommen, daß Meier bereits in einer früheren Stellung ebensolche Moagelien verübt habe. Wir werden über den Ausgang des Prozesses weiter berichten.

* **Die alljährliche Weihnachts-Einbeziehung für die Breslauer Buchdrucker-Kassen** fand am Sonntag unter harter Beteiligung der Berufsgenossen und ihrer Angehörigen im „Konzerthaus“ statt. Mit Geschenken bedacht wurden, wie der Vorsitzende des veranstaltenden Gesangsvereins „Gutenberg“, Herr Schmidt, in seiner Ansprache hervorhob, insgesamt 56 Kinder, darunter 8 Konfirmanden. Die Kosten hierfür betragen über 1000 Mark, die von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden. Erfolgreicher Weise hatten sich die Veranstalter der Weihnachtsfeier schon seit Jahren davon fern, den Kindern, die den Vater verloren und deren Erzieher fast ohne Ausnahme einen schweren Kampf um Dasein zu führen haben, unnütze Sachen zu schenken. Und so verlangten denn auf der langen Weihnachtsfeier, an deren Enden zwei riesige Weihnachtsbäume mit ungezählten Lichtern brannten, neben dem üblichen Weihnachtsstreichel, Nüsse und Äpfel, auf jedem Platz ein Paar Schuhe, Stoff zu Kleidern, Schürzen, Mänteln, Anzügen usw. Für die Konfirmanden lag die ganze Ausstattung von Kopf bis zu Fuß da. Eingeleitet wurde die Feier mit dem Mendelssohnischen Männerchor „Hebe deine Augen auf“, vorgelesen vom Gesangsverein „Gutenberg“ unter Leitung seines Dirigenten Herrn Barajch. Dann folgte ein von Herrn Gedalje an

sich recht schön vorgelesenem Weihnachtsmelodrama, über dessen Inhalt man aber schließlich gezeiter Meinung sein kann. Zum ersten Mal trat der Verein „Gutenberg“ bei dieser Gelegenheit auch mit einem gemischten Chor in die Öffentlichkeit. Mit den zwei schon zum Vortrag gebrachten Liedern hat er die Feuerprobe bestanden. Beifällig aufgenommen wurden auch die Gesangsbeiträge eines kleinen 5-jährigen Knirpses, der mit großem Geschick einige Weihnachtslieder und einige — Wassenhauer spielte. Die letzteren, die zwar seine Technik im Spiel besonders zeigten, hätten ruhig unterbleiben können. In den Rahmen einer ersten Feier passen sie nicht. Noch ein Melodrama, ein Männer- und Kinder-Chor „Stille Nacht, heilige Nacht“, und einige Kinder-Deklamationen wechselten mit einander ab. Zum Schluß folgte die Verlobung der beiden Weihnachtsbäume und einer Anzahl anderer Sachen.

* **Stadtverordneten-Versammlung.** In diesem Jahre wird keine Sitzung mehr abgehalten.

* **Die städtische Sparkasse** und ihre Nebenstellen bleiben am 24. Dezember von 12 Uhr an und am 27. Dezember von 1 Uhr an geschlossen.

* **Die Stadtbibliothek** bleibt in den Tagen von Dienstag, den 24., bis Montag, den 30. Dezember, wegen Reinigung geschlossen.

* **Zwischen Kreuz und Halbmond.** Der bekannte Kriegsberichterstatter G. Reichsweiser v. Biber-Steiglein hält in Breslau im Januar einen Vortrag mit Lichtbildern über die Aufstände und die Kriege des letzten Jahres am Valtan.

* **Die Ortsgruppe Breslau des Deutschen Monistenbundes** (eingetragener Verein) hält am 18. Januar 1913 in Meiners Hotel ihre Jahreshauptversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht der Geschäfts- und Kassenbericht über 1912 und die Wahl des Vereinsorgans für 1913. Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Neuen Börse, Graunstraße 15, öffentliche Versammlung, wo der freireligiöse Prediger Dr. Max Maurer über die Vereinigung der Monisten über „Die Religion des Monismus“ sprechen wird. Der Vorverkauf der Eintrittskarten ist bei Painauer, Schwetitzerstraße.

* **Achtung, Bartknecht!** Freitag, den 27. Dezember (3. Feiertag), vormittags 10 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses: Versammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Sektionsleitung, 2. Neuwahl, 3. Verschiedenes.

* **Der Verein selbständiger Handel- und Gewerbetreibender** (Bruderbund) Breslau veranstaltet am 27. Dezember, nachmittags 5 Uhr im Saale des Badensarten-Restaurant, Endeckstraße, eine Weihnachtsfeier, zu der die Damen vorstehender Kollegen und Mitglieder mit ihren Angehörigen eingeladen sind.

* **Schmiede und Kesselschmiede.** Freitag, den 27. Dezember (3. Weihnachtsfeiertag) vormittags 10 Uhr am Nachtpag, städtisches Museum. Treffpunkt früh 10 Uhr am Nachtpag.

* **Vermißt** wird seit dem 18. Dezember die 12 1/2 Jahre alte Schülerin Frieda König, die bei ihren Eltern Lehmgrabenstraße 15 gewohnt hat.

* **Fahrraddiebstahl.** Von einer Restauration auf der Döberstraße ist am 20. d. Mts. ein Rad „Goides Westfalenrad“ Nr. 285 120 gestohlen worden.

* **Automatenverurteilung.** Ein 10-jähriger Junge von der Döberstraße hat in einem Restaurant auf der Döberstraße seine Eisplatten in einen Schokoladenautomaten geworfen und so diesen um Bonbons und Schokolade beraubt. Als der Anabe dabei getroffen wurde, erklärte er, daß er von einem Arbeitsburschen aus Klein-Tschanitz zur Verurteilung verurteilt worden sei, und ihm dieser auch die Eisplatten gemacht habe.

* **Das Handtäschchen abgeschnitten** wurde am Sonnabend eine Dame, als sie an der Fleischstraße am Ring, Ecke Elisabethstraße, Einkäufe besorgte. In dem Täschchen war u. a. ein Portemonnaie mit 57 Mk.

* **Eine arge Entlassung** wird ein Dieb erlebt haben, der in der Nacht zum Montag die Scheibe eines Schaufensters eingeschlagen und daraus fünf Flaschen entwendete, die nach seiner Meinung verschiedene Lässer enthielten. Als der Dieb den Vorfall probierte, wird er nicht wenig enttäuscht gewesen sein, da die Flaschen nur gefärbtes Wasser enthielten.

* **Diebstahl.** In der Nacht zum Sonntag haben Diebe den Stall eines Schrebergartens in der Verlängerten Sternstraße erbrochen und daraus 3 Kaninchen und 5 Lauben gestohlen. In der Nacht zum 20. Dezember haben Diebe den Kolladen des Schaufensters eines Gold- und Silberwarengeschäfts, Gräbchenstraße 44, hochgehoben und die Schaufensterscheibe eingeschlagen, worauf sie aus der Auslage verschiedene Gold- und Silberwaren im Betrage von 400 Mk. entwendeten.

* **Gefunden** wurden ein Damenohrgehör, eine silbergraue Brieftasche, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Schlüsselbund, ein Fahrrad „Montblanc“, ein Opernglas mit Futteral und ein Fehrmarschein.

* **Verloren** wurden ein goldenes Kettenarmband, eine Stuhlkiste, eine goldene Herrenuhrkette, eine Wagenkette und ein Portemonnaie mit 80 und 49 Mk.

Der Duellkampf.

Am Sonnabend haben wir kurz über die Verurteilung des Generalagenten Erich Schütze zu drei Monaten Festungshaft wegen Zweikampfs berichtet. Die Verhandlung vor der dritten Breslauer Strafkammer zeigte wieder einmal, aus welcher nichtigen Gründen in „besseren“ Kreisen eine Mauterei entstehen kann.

Im Mai 1912 machte der Bankbeamte Hubert Weiß beim hiesigen Trainsalon eine Übung als Reservist. Am Abend des 29. Mai besuchte Weiß in Uniform mit seinem Bekannten, dem Generalagenten Schütze, einige Bier- und Weinstuben auf der Schwelbenerstraße. Zum Schluss der „Spritzfahrt“ kamen beide in eine Bar, wo mehrere Offiziere am Tisch saßen, die Weiß kannte. Schon stark bezechet, ließen sich die Anwesenden am Tisch der Offiziere nieder. Ein Offizier gab Jagdverleumdungen zum Besten, die Schütze als „Jägerlästerer“ bezeichnete. Aufschreiend gekränkt, stand der erzürnte Offizier auf und verließ das Lokal. Weiß machte seinem Freunde wegen der unangebrachten Bemerkung Vorhaltungen, die zu einem heftigen Wortwechsel führten, in dessen Verlauf Weiß dem Schütze ein paar heiße Ohrfeigen gab. Der laute Streit lockte sich vor dem Lokal auf der Straße fort. Als Weiß schließlich in eine Diskothek flüchten wollte, verfolgte ihn Schütze einen Stieb mit seinem Spazierstock, worauf Weiß seinen Regen aus der Scheide zog und auf seiner Gürtel stach. Schütze konnte dem Offizier den Regen entwenden, nahm ihn an sich und schickte ihn am nächsten Tage seinem Besitzer wieder zu. Die Folge dieser Schlägerei war eine Duellforderung auf Pistolen bis zur Kampfmittelschleife auf zehn Sprungschritte. Auf einer Waldwiese bei Mansfern wurde am frühen Morgen des 1. Juni der Zweikampf ausgetragen. Nach dreimaligem Augewechsel verließ die Schütze zum Glück unblutig. Wäre einer der Duellanten tot auf dem Platze geblieben, so hätte der noch lebende Gegner durch eine schwere Strafe zu gewärtigen gehabt. Unser Strafgesetzbuch sieht für den Zweikampf, selbst wenn er tödlich verläuft, nur leichte Festungshaft vor. Weiß wurde inzwischen dem Kriegsgericht des 5. Armeekorps zu drei Monaten Festungshaft verurteilt, das ehrengerichtliche Verfahren gegen ihn schwebt noch. Der Staatsanwalt beantragte gegen Schütze fünf Monate Festungshaft. Das Gericht erkannte auf die gesetzliche Mindeststrafe von drei Monaten Festungshaft.

Das Gesetz bedroht zwar den Zweikampf mit Festungshaft, aber wer sich dem Duellzwang nicht fügt, und den „ritterlichen Ehrentod“ verleiht, wird in den „putzgeputzten“ Kreisen als Feigling gebrandmarkt und muß nicht selten seine Stellung aufgeben. Wenn ein organisierter Arbeiter einen Arbeitswilligen nur schief anhebt, so wird ihm das als schweres Verbrechen angerechnet. Ja, wenn zwei dasselbe tun!

Die schlesischen Getreidepreise.

Trotz der sehr guten Getreidenernte des vorigen und dieses Jahres ist eine Abspannung der Preise, wie man das erwarten durfte, nicht eingetreten. Im Staatsdurchschnitt stehen die diesjährigen Novemberpreise teils ebenso hoch, teils sogar noch höher, als im vorigen Jahre; gegen Oktober 1912 ist nur Weizen um 4 Mark für die Tonne und vom Getreidefuhrer Gerste um 3 Mark, Hafer um 6 Mark billiger geworden. Der Roggen steht wie vorher auf 170 Mark.

In den schlesischen Regierungsplätzen ist er sogar in Breslau noch um 1 Mark und in Gleiwitz um 2 Mark teurer geworden, während er in Görtitz um 2 Mark, in Liegnitz um 4 Mark nachließ und in Königsbrunn stehen blieb. Gleiwitz hat auch beim Weizen die unerwartete Markwürdigkeit, daß er (hier ist überall Mittelware gemeint) von 204 auf 220 anstieg. Dagegen ließ Weizen in sämtlichen anderen Orten etwas nach: in Weizsäcker um 3 Mark, Breslau um 4 Mark, Görtitz um 5 Mark, Königsbrunn um 7 Mark. Auch Futtergerste war in Görtitz merklich nach (von 155 auf 142 Mark), in Breslau und Königsbrunn um 3 bis 4 Mark, und Hafer in Görtitz um 10 Mark, sonst um 1 bis 5 Mark. Einen erheblichen Preisrückgang brachte in Görtitz auch die hohen Kartoffelpreise (von 48 auf 39 Mark), dagegen stiegen sie in Breslau und Königsbrunn um 1 Mark. Bei der überaus reichlichen Kartoffelernte ist das eine wenig erklärliche Erscheinung.

Da bei den anhaltend hohen Fleischpreisen in den ordentlich hochenden Haushaltungen die Süßfrüchte stärker herangezogen werden, wäre ein Rückgehen der Preise für gelbe Apfelsinen nur erwünscht; leider ist davon nichts zu hören. Der Preis der Apfelsinen ist jedoch in Görtitz, weil in dieser Höhe unhaltbar, etwas nach. Im Jahre 1910 fand der Preis um etwa 30 Mark niedriger, für Roggen und Hafer ebenfalls um ungefähr 30 Mark, für Gerste um 45 Mark, für Weizen um 7 Mark. Aus dem allen ergibt sich, daß beinahe nie einmal eine reiche Ernte mehr imstande ist, die Preise gründlich zu regeln, weil Reuehland unter Zollrückhalt steht.

Aus aller Welt.

Die Opfer der Grubenkatastrophe auf der Zeche „Minister Achenbach“. Am Sonnabend nachmittag fand auf dem Gemeindefriedhof von Zrambauer die Beerdigung der bei der Grubenkatastrophe auf der Zeche „Minister Achenbach“ umgekommenen statt. Aus der ganzen Umgebung waren Tausende von Menschen zusammengeströmt, die die Straßen bejezt hielten. In der zweiten Nachmittagsstunde wurde die Trauerfeier durch Glockengeläut eingeleitet. Ingesamt wurden 31 Leichen auf dem Friedhof beerdigt. Die Leiche des Steigers Rüper wurde auf einem einzelnen Wagen transportiert, während die übrigen dreißig Knappen je zu fünf und fünf auf sechs fahrbahngängigen Wagen gebettet waren. Zwei weitere Leichentücher wurden heute in Menge beerdigt, morgen sollen in Raitrop zehn und in Brechten fünf Verunglückte zur letzten Ruhe beisetzt werden. Hinter den Leichenwagen ging die evangelische Geistlichkeit, dann folgten die Leidtragenden und die ganze Belegschaft der Zeche „Minister Achenbach“. Auf dem Friedhof von Zrambauer war für die 11 Toten ein Massengrab bereit, das später von der Zeche mit einem Denkmal geschmückt werden wird. In der Mitte des Grabes wurde die Leiche des Steigers und ihm zu beiden Seiten wurden die Knappen beigezt. Die Feier am Grabe war von ergreifender Stimmung. Während des Leichenbegängnisses ereigneten sich zahlreiche Dynamitkatastrophen. Zur Beerdigung des Massengrabes war die Aushebung von 250 Geviertmetern Boden erforderlich.

Die Verunglückten der Zeche „Minister Achenbach“ haben 37 Witwen und 103 Kinder zurückgelassen. Unter den Verunglückten befanden sich ein Steiger, 38 Bauer, 6 Schlepper und 3 sonstige Bergarbeiter.

Mitternachtsessen in der Luft. Im Aerodrom von Villa Coublay (Frankreich) ereignete sich am Sonnabend nachmittag ein herbeinerregender und folgenschwerer Unfall. Trotz der schon herannahenden Dunkelheit triffen noch sechs bis sieben Flugzeuge über dem Flugfeld, darunter ein von dem fliegenden Holländer geführter Zweidecker, auf dem sich als Gast der 24jährige Sohn des Marineministers Delcassé, Jacques Delcassé, befand, und ein Eindecker, den der französische Offizier Hal-Zip steuerte. Die beiden Flugzeuge zogen zuweit von einander in 20 Meter Höhe dahin, als Collardeau von den Eindecker nicht bemerkte, eine Wendung ausführte. Das „Landier“ stürzte im nächsten Augenblick zu einem heftigen Zusammenstoß der zwei sehr schnellen Apparate, die sich stachend ineinander bohrien und zu Boden stürzten. Von den Truppen eilte sofort das Hilfspersonal zur Stelle. Mit großer Fortschritt befreite man die drei Körper der stöhnenden Verunglückten aus dem Trümmerhaufen. Collardeau und der hawaiische Offizier Hal-Zip zeigten stark blutende Verletzungen, die indes nur oberflächlicher Natur sind. Jacques Delcassé hat einen Arm- und Beinbruch erlitten. Der Marineminister, der von dem Unfälle seines Sohnes verständigt worden war, begab sich sofort in die Klinik.

Nicht noch in diesem Jahre nach!

Die neue Reichsversicherungsordnung bringt durch die neuen Bestimmungen manche Verwirrung in die Arbeiterkreise. Das vierte Buch über die Invaliden- und Altersversorgung und Hinterbliebenenversicherung ist am 1. Januar 1912 in Kraft getreten. Damit sind gleichzeitig verschärfte Bestimmungen über das Erlöschen und Wiederaufleben der Anwartschaft vorgegeben. Nach § 46 Abs. 4 des alten Gesetzes konnten alle die Personen, die aus irgend einem Grunde Beiträge nicht mehr weiter ließen und die Invalidenrente innerhalb zwei Jahren verfallen ließen, diese wieder aufleben lassen, wenn sie von neuem eine Wartzeit von zweihundert Beitragswochen zurücklegten. Damit waren alle ungültig gewordenen Beitragsmarken wieder rechtswirksam geworden.

Das war ein Vorteil, denn jede Beitragsmarke mehr erhöht die Rente um Grundbetrag und Steigerungssatz. Es hat z. B. ein Versicherter 300 Marken der 4. Lohnklasse verfallen lassen und diese durch Ableben von 200 neuen Marken wieder zum A. stehen gebracht, so würde die Invalidenrente 190 Mk. jährlich betragen. Wären die 300 Marken ungültig geblieben, dann würde der Betreffende nur 142 Mark jährliche Rente bekommen. Für einen armen Rentenempfänger bedeuten 48 Mk. weniger Rente einen erheblichen Verlust.

Von noch größerer Bedeutung ist aber das Wiederaufleben der Beitragsmarken bei der Berechnung der Altersrente. Bekanntlich muß jeder Greis, der im Jahre 1912 70 Jahre alt wird, 840 bis 880 Marken gelebt haben, wenn er Altersrente haben will. Fehlt bei einem solchen Manne, um bei unserm Beispiel zu bleiben, die Zahl der 300 Beitragsmarken, so kann er trotz seiner 70 Jahre Altersrente nicht erhalten; er muß noch vier Jahre weiter Beiträge leisten. Hatte er aber das Wiederaufleben der Marken bewirkt, so kann er die Altersrente beziehen.

Das Wiederaufleben verlorener oder nachlos beiseite gelegter Invalidenrenten hört mit dem 1. Januar 1913 auf. Bis zu diesem Tage können noch alle Arbeiter, Arbeiterinnen, Dienstmädchen usw., die früher einmal in versicherungspflichtiger Beschäftigung standen und jetzt ihre Invalidenrente unanständig werden ließen, weil sie die freiwillige Mitgliedschaft nicht fortsetzten, ihre Ansprüche an das neue Gesetz sichern, wenn nur eine einzige Marke noch in diesem Jahre gelebt und dann die Ablebepflicht regelmäßig weiter beachtet wird.

Der Artikel 74 des Einführungsgesetzes besagt, daß der Versicherte, dessen Anwartschaft erloschen war, diese wieder aufleben lassen kann, wenn er vor dem 1. Januar 1912 oder innerhalb eines Jahres nach diesem Tage in eine versicherungspflichtige Beschäftigung trat, oder durch freiwillige Beitragsleistung das Versicherungsverhältnis erneuert hat.

Früher war das Wiederaufleben der Marken an keine Altersgrenze gebunden. Das ist für die Folgezeit auch anders geworden. Nach dem 1. Januar 1913 heißt es im Gesetz: Wer unter 40 Jahre in eine versicherungspflichtige Beschäftigung tritt oder seine Beitragsleistung freiwillig erneuert, braucht nur 200 Beitragswochen zurückzulegen, um verlorene Marken wieder aufleben zu lassen. Wer aber 40 bis 60 Jahre alt war, muß, wenn er sich freiwillig weiter versichern will, vorher mindestens 500 Beiträge gelebt haben und noch weitere 500 Beitragsmarken entrichten, um die alten Marken aufleben zu lassen. Ist jemand über 60 Jahre alt, so müssen vorher 1000 Marken gelebt worden sein und erneut 200 Beitragswochen zurückgelegt, wenn die alten Marken aufleben sollen.

Das sind ganz bedeutende Verschlechterungen, die am 1. Januar 1913 in Kraft

treten. Bis dahin können noch nach dem alten Gesetz die verlorenen Marken und ohne Rücksicht auf das Alter des Versicherten in Geltung gebracht werden.

Darum geht an alle die Arbeiter, Arbeiterinnen und Dienstmädchen (ganz gleich ob verheiratet oder ledig), die früher einmal Invalidenbeitragsmarken gelebt hatten und deren Renten ungültig geworden sind, die dringende Mahnung, noch in diesem Jahre ihre Versicherung durch Ableben von Marken fortzusetzen. Und wenn nur eine Marke von diesen Personen im Jahre 1912 gelebt wird, so besteht die Vergünstigung, daß dadurch alle übrigen bereits ungültig gewordenen Marken wieder in Kraft treten. Durch Beachtung dieser Vorschrift kann später eine wesentlich höhere Rente erlangt werden.

Der Festhaltungsbau in Scheitling ist am Freitag von der Firma Dyckerhoff u. Widmann der Stadt übergeben worden. Die Uebergabe gestaltete sich zu einer Feier, an der auch Oberbürgermeister Matting, Stadtbaurat Bergmann, mehrere Stadträte und Stadtverordnete und Oberbürgermeister a. D. Dr. Bender teilnahmen. Herr Matting dankte in einer Ansprache namens der Stadt der Firma Dyckerhoff u. Widmann und allen Ingenieuren, Beamten und Arbeitern für die hervorragenden Leistungen an dem großen Bauwerk, auf das noch viele Geschlechter bewundernd blicken werden.

Verbotener Kinderhandel. Der Polizeipräsident macht folgendes bekannt: Nach § 42b Abs. 5 Satz 1 der Reichsgewerbeordnung ist das Feilbieten von Gegenständen auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an öffentlichen Orten, einschließlich der Schankwirtschaften, durch Kinder unter 14 Jahren verboten. Trotzdem wird dieser gesetzwidrige Handel namentlich jetzt zur Weihnachtszeit häufig durch Kinder ausgeübt. Die Augenbeamten sind daher erneut angewiesen, die strenge Durchführung der Bestimmungen Sorge zu tragen und Uebertretungsfälle auf Grund des § 148 Abs. 5 und 7a der Reichsgewerbeordnung unmissverständlich zur Anzeige zu bringen. Strafbar machen sich neben den Kindern auch deren Auftraggeber.

Ein Schuhmann, der seine Frau mißhandelte. Das Landgericht Breslau hat am 28. Juni den Schuhmann Robert Kitzewski wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte lebt seit längerer Zeit mit seiner Frau in Inntrieden. Diese hat er, wie die Anklage ihm zur Last legt, einmal mit seinem Dienstsäbel geschlagen und ein anderes Mal mit der Knebelkette gefesselt. Die Aussagen der Ehefrau wurden durch Aussagen anderer Zeugen und eines praktischen Arztes unterstüzt. Sie gingen dahin, daß die Frau am Oberarm und Brust gebrochen habe, die von Säbelhieben herrührten und außerdem an ihrem Handgelenke Spuren einer Fesselung. Auf Grund dieser Aussagen hat das Gericht die Schuld des Angeklagten als erwiesen angesehen. Das Reichsgericht verwarf am Freitag die gegen das milde Urteil eingelegte Revision.

Verdächtige Milch. Unter dieser Ueberschrift haben wir vor einigen Tagen über die Verurteilung einer Milchhändlerin berichtet, die verwässerte Milch verkauft hat. Die Milchhändlerin Seidel, Gabelstraße 12, erweist sich, mitgeteilt, daß sie mit der Beurteilten gleichen Namens nichts zu tun hat.

Weihnachtsverkehr auf der Eisenbahn. Auf den hiesigen Bahnhöfen herrscht zurzeit ein sehr lebhafter Verkehr. Die Züge sind dicht gefüllt und lang. Zur Bewältigung des Reiseverkehrs werden Vor- und Nachzüge abgelaufen. Unter den Reisenden sind zahlreiche Soldaten und Schüler.

Konkursverfahren. Ueber das Vermögen der Juwelierin Frau Antonie Wette in Breslau, Reuschstraße 69, ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Verwalter Kaufmann J. Vormeng, Tauentzienstraße 22.

Zwangsvollstreckung. Demnachst folgende Grundstücke: Neue Adalbertstraße 105 am 4. Februar, Breslau, innere Stadt Nr. 918, am 24. Februar, Telegrafenhofstraße 9 am 10. Februar.

Vom Konkurs über die Stadt „Nachen“. Im November 1912 ist über das Vermögen des Gastwirts Robert Weiß, des Inhabers der „Stadt Nachen“, Friedrich-Wilhelmstraße 24, der Konkurs eröffnet worden. In der Gläubiger-Versammlung am 21. Dezember teilte der Konkursverwalter mit, die Schuldentlast betrage etwa 200.000 Mark. Einen Rechnungsabschluss konnte er noch nicht aufstellen, weil die Schlichte wenig geklärt sei. Den Gläubigern mit bevorrechtigten Forderungen könne zurzeit eine Dividende nicht versprochen werden.

Sachbeschädigung. In der Nacht zum 19. Dezember ist die große Schaufenstertheibe eines Herrenaberobergeschäfts auf der Gartenstraße mit einem Diamant vollständig zertrümmert worden. Die Scheibe hat einen Wert von etwa 400 Mk.

Zusammenstoß der zwei sehr schnellen Apparate, die sich stachend ineinander bohrien und zu Boden stürzten. Von den Truppen eilte sofort das Hilfspersonal zur Stelle. Mit großer Fortschritt befreite man die drei Körper der stöhnenden Verunglückten aus dem Trümmerhaufen. Collardeau und der hawaiische Offizier Hal-Zip zeigten stark blutende Verletzungen, die indes nur oberflächlicher Natur sind. Jacques Delcassé hat einen Arm- und Beinbruch erlitten. Der Marineminister, der von dem Unfälle seines Sohnes verständigt worden war, begab sich sofort in die Klinik.

Ein neues Flugzeug ohne Motorantrieb. Im Aerodrom Brington-Kanal zu Paris ist der fliegende Leibarbeiter mit einem Aeroplan-Flugzeug ohne Motor, das er Apette nennt, zweimal eine sechs Meter lange Strecke in 25 Zentimeter Höhe geflogen.

325 000 Mark Einkommen verschwiegen. Ein umfangreicher Steuerhinterziehungsprozeß beschäftigte die Strafkammer in Hannover, vor der sich die Viehhändler Herz Cohn, Simon Cohn und Julius Weinberg, sowie deren zwei Buchhalter zu verantworten hatten. Die drei erkannten Angeklagten betrieben einen umfangreichen Bestimmungsausschlag. Das Geschäft entwickelte sich immer mehr, jedoch die Angeklagten schließlich mit einem Jahresumsatz von einer Million Mark rechneten. Die Buchführung wurde zwei Buchhaltern anvertraut und diese haben nun auf Veranlassung ihrer Vorgesetzten der Steuerbehörde unrichtige Angaben über das Einkommen der Angeklagten gemacht, so daß der Steuerfiskus um große Summen geschädigt worden ist. In den letzten 10 Jahren haben die Angeklagten auf diese Weise ein Gesamteinkommen von 3.500.000 Mark zu wenig versteuert. Die Sache wurde der Staatsanwaltschaft bekannt auf die Anzeige eines entlassenen Buchhalters hin. Für eine Reihe von Jahren konnte nicht mehr Anlage erhoben werden, da bereits Verjährung eingetreten war. Dagegen wurde die Klage für die letzten fünf Jahre in vollem Umfang aufrecht erhalten. Die Beweisführung ließ keinen Zweifel an der Schuld der Angeklagten aufkommen, sie ergab auch, daß die angeklagten Buchhalter die Strafthaten unter dem Druck der Abhängigkeit von ihren Prinzipalen begangen hatten. Die Angeklagten wurden zu einer Strafe vom achtjährigen der hinterzogenen Steuer verurteilt. Demgemäß erhielt Herz Cohn 14.000, Simon Cohn ebenfalls 14.000 und Weinberg 17.000 Mark Geldstrafe. Außerdem haben die Angeklagten natürlich die hohen Kosten zu tragen und die hinterzogenen Steuerbeträge nachzahlen. Die beiden Buchhalter erlitten Geldstrafen von 1968 bzw. 1988,70 Mark.

Eine Familie an Fleischvergiftung erkrankt. Ein aus sechs Personen bestehende Familie in Wolkach (Kreis Offenburg) ist an Fleischvergiftung erkrankt. Zwei Personen sind bereits gestorben, zwei weitere liegen hoffnungslos darnieder. Die Erkrankten hatten das Fleisch eines Kalbes gegessen, das geschlachtet worden war, weil es an Brechdurchfall gelitten hatte.

Opfer der Arbeit. Am Sonnabend nachmittag stürzten durch den Bruch eines Pöngegerüstes drei Arbeiter ab. Einer von ihnen erlitt schwere innere Verletzungen, die anderen Beinbrüche und Kopfverletzungen.

Tausend Kinder umgebracht. In einem „legenen“ Vorstadt von Archangelst (Rußland) wurde ein „Perbelim“ entdeckt, in dem im Laufe von 35 Jahren über tausend Kinder umgebracht worden sind. Die Engländerin Kusnezow wurde verhaftet, ebenso der Stadtarzt Kusnow, der der Kusnezow Totenscheine ohne Befugigung der Kinder ausstellte. Anscheinend steht ein Seniationsprozeß bevor, bei dem viele Personen kompromittiert werden dürften.

Ein gelber Revolverheld. Wir berichteten jetznerzeit, daß in Düsseldorf der Arbeitswillige W. W. anlässlich des Streiks auf dem Stadtwerk Decking eine schwere Unfälle verübt hatte. Bei einem von ihm verschuldeten Renkonte mit verchiedenen anderen Arbeitern griff er zum Revolver und erschoss eine an der Sache ganz unbeteiligte Frau, während ein Arbeiter nicht unerheblich am Bein verletzt wurde. Die Angelegenheit beschloßte dieser Tage das Düsseldorf'sche Schupengericht, das den W. wegen Totschlags zu 1 1/2 Jahren, seinen Vater wegen Beihilfe zu 6 Monaten Gefängnis verurteilte. Für ein verächtliches Menschenleben sicher eine recht niedrige Strafe.

Verhängnisvolle Erbschaften. Bei Odesa sind auf einem Gebiete, das sich ungefähr drei Meilen längs der Küste erstreckt, mehrere Erbschaften erfolgt, wodurch die Umrisse der Küste bedeutende Veränderungen erlitten. Der Meeresspiegel hat sich an einigen Stellen gehoben und mehrere kleine Inseln sind zum Vorschein gekommen. Ueber 20 Ortschaften haben großen Schaden erlitten, ganze Gebiete sind verschoben, indem sie sich um 15 bis 30 Saachen gesenkt haben.

Kleine Breslauer Nachrichten.

Ein bewegliches Amphitheater für 5000 Personen und eine Bühne sollen in der Scheitniger Festhalle aufgestellt werden. Die Lieferung und Aufstellung dieses Theaters wird öffentlich ausgeschrieben. Vorzugsmäßig verschlossene, mit Ausschritt vorzulesende Angebote sind bis Mittwoch, den 22. Januar 1913, vormittags 11 Uhr, im städtischen Bauamt Büchsenplatz 16, III, Zimmer 174, abzugeben, wo auch die Angebote zur festgesetzten Stunde in Gegenwart der Bewerber eröffnet werden.

Gasvergiftung. Am Sonnabend nachmittag um 1 1/2 Uhr wurde ein Dienstmädchen im Hause Gallestraße 5 leblos aufgefunden. Der Gashahn stand offen und das Zimmer war voll Gas gefüllt. Die herbeigerufenen Samariter der Feuerwehr wendeten den Sauerstoffapparat an, und es gelang ihnen nach einstündiger Tätigkeit, das Mädchen wieder ins Leben zurückzurufen. — Abends um 7 1/4 Uhr wurde die Witwe Karoline Schmidt in ihrer Wohnung Gabisstraße 41 in einem mit Gas gefüllten Zimmer betäubt aufgefunden. Die Samariter der Feuerwehr auf der Gabisstraße, die herbeigerufen wurden, behandelten die Vergiftete mit dem Sauerstoffapparat. Sie erholte sich sehr bald, sodass sie in ihrer Wohnung bleiben konnte. Es sei noch bemerkt, daß es sich in diesem Falle nicht um einen Selbstmordversuch, sondern einen Unglücksfall handelt.

Schweres Brandunglück. Sonntag abend um 6 Uhr ereignete sich in der Wohnung des Krankenträgers Neumann, Trebnitzstraße 32, ein schweres Brandunglück. Die Ehefrau des Krankenträgers saß mit ihrem 1/2 Jahre alten Töchterchen Grete an einem Tisch, auf dem eine brennende Lampe stand; der Vater war nicht zu Hause. Ohne daß es die Mutter bemerkte, spielte das Kind an der Lampe und riß sie plötzlich um. Sofort standen Tisch, Stuhl, Küfer und die Kleider des Kindes in hellen Flammen. Die bestürzte Mutter bemühte sich sofort, die Flamme abzuschneiden, was ihr aber erst in einigen Minuten gelang. Die Feuerwehr wurde sofort gerufen, als sie kam, war das Feuer bereits gelöscht. Das Kind hatte aber bereits sehr schwere Brandwunden an der linken Körperseite und im Gesicht erlitten. Nachdem man dem Kinde die Wunden verbunden hatte, wurde es mit dem Krankenwagen der Hauptwache ins Allerheiligen-Hospital geschafft. Der Vater des Kindes, der gerade zurückkehrte und unterwegs den Beschädigten sah, ahnte mit, daß dieser seiner Wohnung zuerlie. Als er nun mit dem geliehenen Schilde eilig seine Wohnung betrat, waren die Samariter der Feuerwehr gerade mit dem Verbinden seines Töchterchens beschäftigt.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Weitere Anhebung der ausländischen Saisonarbeiter.

Schwohl auf den ausländischen ländlichen Saisonarbeitern wegen der Vegetationsstärkung schwer genug lastet, wollen die Junker ihre weitere Anhebung. Der ostpreussische Landwirtschaftliche Zentralverein will die Beschäftigung dieser Arbeiter; sie sollen auch im Winter hier bleiben, damit die Agrarier mit ihnen Jahresverträge abschließen und sie so dauernd in Besitzung bringen können.

In der westpreussischen Landwirtschaftskammer ist man noch einen Schritt weiter gegangen. Allergütigster Müller-Monaten hat hier über die Sicherung der Arbeiter gegen den Vertragsbruch der ländlichen Arbeiter berichtet und bedauert, daß man bei uns den Saisonarbeiter als freien Arbeiter behandle, sodaß man ihn bei Vertragsbruch nicht bestrafen, sondern höchstens ausweisen kann. Die Verhältnisse würden immer unerträglicher. Alle Beschwerden an die Behörden seien erfolglos, höchstens werde einem geraten, man solle die Leute besser behandeln. Von der Regierung müßten Beamte angestellt werden, die alle vierzehn Tage die einschlägigen Verhältnisse untersuchen, da die Amtsvorstände versagen. Auch müßte eine Bestrafung der Arbeiter erfolgen, die Vertragsbrüche begehen. Der Landtagswahlbewegung im nächsten Jahre sollte darauf mit besonderem Nachdruck hingewiesen werden.

Überprüfungen d. Jagdw. machte den Amtsvorstehern den Vorwurf, daß sie bei offenkundigen Vertragsbrüchen nicht immer zurückschritten, oftmals vielmehr mit Rücksicht auf ihre ländlichen Besitzungen. Was die Bestrafung der Arbeiter anlangt, die vertragsbrüchigen Arbeiter beschäftigen, so habe die Regierung das geteilt, man habe ihr aber den Gehörpunkt vor die Füße geworfen. Die Landwirte sollen Stimmung für ein solches Gesetz machen, dann schlichtet sie sich selbst.

Als der Herr Oberpräsident macht nicht nur die Amtsvorsteher schart, damit sie mit dem nötigen Eifer die Jagd auf die unglücklichen Ausländer veranstalten, er fordert auch die Junker zur Arbeit für ein neues Kontraktbuch auf. Bei der Landtagswahlbewegung im nächsten Jahre sollte darauf mit besonderem Nachdruck hingewiesen werden.

Wittsch. Einer armen Witwe Weidmännchen. In wie trauriger Lage sich oftmals arme Witwen befinden und wie mit ihnen auf dem Lande umgegangen wird, zeigt folgender Fall. In Mafeswitz bei Wittsch wohnt die Witwe Herrmann mit ihren zwei Kindern. Ihr verstorbenes Ehemann war fünf Jahre lang Schmieß auf dem Dominium Mafeswitz. Nach seinem Tode sorgte die damalige Herrschaft Appert für die Witwe mit ihren Kindern, daß sie wenigstens Unterkommen hatten. Den Lebensunterhalt erworb sie durch Arbeit. Es kam aber anders, als das Gut in fremde Hände überging. Neuer bedauernswürdiger Herr von Dabrowsky, der in 1 1/2 Jahren an seinem Gute Lumpige 230.000 Mark verdiente, wies die Witwe mit ihren Kindern vom Hofe. Nun hatte sich diese eine Wohnung in der Gemeinde gemietet. Der Amtsbraut aber jetzt die Wohnung selbst, und so wurde ihr am 1. Oktober dieses Jahres gekündigt. Am Orte wurde sie nirgends aufgenommen. Auswärts wies man sie ab mit dem Bescheid, daß sie für Mafeswitz Ortsangehörige sei. In ihrer Not wandte sie sich am 3. Dezember an das Landratsamt. Dieses verwies sie an den Amtsvorsteher. Nachdem sie diesem ihr Leid geschildert hatte, erhielt sie am 7. d. M. folgenden Bescheid:

Der Amtsvorsteher. Wittschau, den 6. Dez. 1912. J.-Nr. 750.

Herrn Anna Herrmann, Mafeswitz. Hierdurch wird Ihnen mitgeteilt, daß Sie Wohnung auf dem Dominium Mafeswitz bezog. Vom Ortsarmenverband nicht beantragt werden können, weil Sie sich weigern, dort zu arbeiten.

Da Sie, wie in Erfahrung gebracht, 1,50 bis 1,80 Mark täglich in der Pflanzung verdienen, sind Sie in der Lage, sich selbst eine Wohnung zu beschaffen. Falls eine Wohnung in Mafeswitz für Sie nicht zu haben ist, müssen Sie sich anderwärts um eine Wohnung zu beschaffen, da dies nicht Sache der Ortspolizeibehörde ist. Riegner.

Als die Witwe weigert sich, auf dem Dominium Mafeswitz zu arbeiten! Gebeigert hat sich Frau Herrmann nie, auf

dem Dominium zu arbeiten, aber für 80 Wenna Tageslohn war sie nicht imstande, ihren und ihrer Kinder Sungen zu stillen. Und so mußte sie eben dorthin gehen, wo sie mehr verdienen konnte. Ferner ist doch auch Herr Riegner wohl bekannt, daß andere Gemeinden Witwen nicht aufnehmen, um nicht etwa dadurch zu größeren Armenlasten zu kommen. Wozu dann erst dieses Schreiben?

Ein Glück für die Witwe ist es, daß, nachdem es ihr nicht möglich war, eine Wohnung zu bekommen, ihr Hausvater jetzt den Mündigkeitstermin bis zum 1. April 1913 hinaussetzte. Sonst hätte sie mit ihren Kindern mitten im Winter, nachdem sie zehn Jahre am Orte gewohnt, obdachlos da. Das sind die Wehnschicksale der Armen.

Wittsch. Der erste Frauenabend. Der Landdistrikt 13 hielt Mittwoch in Wittsch seinen ersten Frauenabend ab, der von 26 Frauen und Männern besucht war. Genossin Lawatsch-Breslau forderte die Frauen in wirkungsvollen Worten auf, im politischen und wirtschaftlichen Leben mitzutun. Es wurde beschlossen, den Frauenabend regelmäßig jeden Monat abzuhalten. Frau Wende erbot sich freiwillig, das Amt der Leiterin zu übernehmen. Somit dürften wir mit diesem Beschlusse wieder einen Schritt vorwärts in unserem Distrikte kommen.

Neueste Nachrichten.

Der Balkanrieg und seine Folgen.

London, 23. Dezember. Ueber die Verhandlungen der Friedensdelegierten im St. Jamespalast in London wird noch weiter gemeldet, daß die Zulassung der griechischen bevollmächtigten Delegierten zu der Friedenskonferenz von den türkischen Delegierten nunmehr an keine weiteren Bedingungen mehr geknüpft würden. Die Türken verlangten die Erlaubnis, Adrianopel verproviantieren zu dürfen, sozusagen als conditio sine qua non für den Beginn der Konferenz, für den Anfang der Verhandlungen. Beniglos erklärte, es sei unverzeihlich und unglücklich, daß die Delegierten der Friedenskonferenz nunmehr sich schon zehn Tage in London befänden und noch nicht den ersten Schritt zu einer sachlichen Verhandlung getan hätten. Dieser Zustand sei direkt unerträglich.

Belgrad, 23. Dezember. Ein Teil der serbischen Presse scheint neuerdings mit der Haltung Rußlands nicht ganz zufrieden zu sein. So sagt die „Pravda“ im Anschluß an eine Rede des russischen Ministerpräsidenten Kotschew, daß die Latein Rußlands bei weitem nicht den schönen Worten Kotschew entsprechen, und die „Tribuna“ weist auf die Vergangenheit hin, in der das Militärchen Rußland nicht immer recht mütterlich gegen Serbien verfahren sei. Dagegen ist das offiziöse „Samoprava“ mit der Rede des russischen Ministerpräsidenten Kotschew durchaus einverstanden und zutrübend und schreibt: Rußlands besitzereifertig unabweisende Politik und seine maßvolle und vorwärtsichtige Haltung berechtigen bei dem großen Ansehen des Reiches und der zügigen Uebereinstimmung seiner Politik mit der seiner Bundesgenossen und Freunde zu seiner außerordentlichen Hoffnung, daß die in der Rede des russischen Premierministers Kotschew zum Ausdruck gekommene und klar dargelegte humane und billige Anschauung überall Zustimmung finden werde.

Konstantinopel, 23. Dezember. Hier wird erzählt, daß der griechische Panzerkreuzer „Uverow“ sich in Reparatur im Golfe von Sidros auf Lemnos befindet.

Aten, 23. Dezember. Wie aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, hat sich die Besatzung von Mytilene ergeben.

Der Wortlaut der Rede Poincarés.

Paris, 22. Dezember. Nach dem offiziellen Telegraphen hatten die Ausführungen Poincarés über das Verhältnis Frankreichs zu seinen Freunden und Verbündeten und die Ergebnisse der Vorkonferenz folgenden Wortlaut: Ich halte es für überflüssig, zu sagen, daß wir es als unsere elementarste Pflicht betrachten, unseren Verbündeten ratkraftige und wirksame Unterstützung zu leisten. (Beifall.) Unser Zusammenarbeiten, das sich auf alle Einzelheiten erstreckt, ist besonders erleichtert worden durch die klarstellende Wägung, von der Kotschew soeben noch einen ungewöhnlichen Beweis gegeben hat. Unsere Verbindungen mit England waren niemals vertrauensvoller und enger. (Beifall.) Seit Anfang November war Frankreich offiziell davon verständigt, daß Österreich-Ungarn keine Gebietserweiterungen erstrebe. (Bewegung.) Das Wiener Kabinett hat hinzugefügt, daß die Wünsche, die von ihm betreffs gewisser voraussetzlichen eintretender Änderungen geäußert worden seien, keinesfalls solcher Natur wären, daß sie die politische und ökonomische Unabhängigkeit der Balkanstaaten, insbesondere die Serbiens, gefährden könnten. Diese Erklärungen werden Europa mehr Kraft geben, wenn es bei der endgültigen Regelung, die, wie ich wünsche, nahe ist, zu intervenieren haben wird. Was die Arbeit der Vorkonferenz betrifft, so hat sie sich als für Europa sehr nützlich erwiesen. Die Vorkonferenz glauben, daß es ihnen gestattet ist, einen der Hauptgründe der Uneinigkeit Europas zu beseitigen. Ich kann, glaube ich, versichern, daß Serbien sich diesem Gesichtspunkt anschließen wird. (Beifall.) Es ist selbstverständlich, daß die Autonomie Albanien, die unter der Souveränität oder vielmehr der Suzeränität des Sultans erachtet wird, von allen Mächten einschließlich Frankreich kontrolliert werden wird. Es ist auch selbstverständlich, daß der für Serbien auf albanischem Gebiet offene Hafen frei und neutral sein wird. (Bewegung.) Er wird durch eine internationale Eisenbahn verbunden werden, die ebenso unter europäischer Kontrolle steht, mit der Freiheit des Transits für alle Waren einschließlich Kriegsmunition. Serbien wird außerdem den Vorteil der Zollfreiheit haben. Wir werden uns bemühen, diese Frage möglichst günstig für Serbien zu gestalten, und ihm unumgängliche Garantien sichern. Denn es liegt im Interesse des europäischen Friedens, daß man Serbien, wenn man von ihm das Opfer verlangt, daß es einen Teil seiner Ansprüche aufgibt, nicht die Möglichkeit zu leben und zu atmen verweigert. (Beifall.)

Es ist dies eine Hauptfrage, die entschieden zu sein scheint. Es bleibt namentlich noch übrig, über die definitive Frage der Grenzen Albanien zu beschließen. Viele andere Lösungen hängen überdies ab von den Ergebnissen der Verhandlungen der Kriegführenden, deren Ausgang man leider unmöglich kennen kann. Die Diplomaten, die an den Verhandlungen teilnehmen und die ich gesprochen habe, sind entschlossen, die Idee des Friedens zu unterstützen, aber ebenso sehr die Ansichten ihrer Länder zu vertreten. Die Vertreter der verbündeten Balkanstaaten erfassen in hunderter Weise die Kraft, die ihnen die Einigkeit des Balkanbundes gibt. Sie sind entschlossen, die Autorität, die sie sich mit den Massen Seite an Seite auf dem Schlachtfeld erworben haben, nicht durch ärgerliche Unstimmigkeiten verabsagen zu lassen. Wenn es unglücklicherweise zu einem Bruch käme, so würde damit die Rolle Europas nicht beendigt sein. Europa könnte gegenüber einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nicht unempfindlich bleiben, die diesmal vielleicht mehr als je den Brandherd vergrößern würde.

Der Kadmal Francois Deloncle sagte: In Europa gibt es einen Mann, dessen Friedensliebe eine feste Bürgschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens bildet: das ist der deutsche Kaiser. Deloncle schloß mit der Erklärung, daß Frankreich an seinem Bündnis und seinen Enten treu festhalten müsse, daß es sich aber die Freiheit wahren müsse, auch mit anderen Nationen herzliche Beziehungen zu unterhalten. (Beifall.)

Der Fall Prochaska beigelegt.

Belgrad, 21. Dez. Ministerpräsident Patisch suchte aus eigener Initiative den österreichisch-ungarischen Gesandten auf und sprach das aufrichtige Bedauern der serbischen Regierung über die Mißgriffe einzelner Militärorgane in der Angelegenheit Prochaska aus. Die Angelegenheit ist damit befriedigend beigelegt.

Es bleibt bei der Regentschaft.

München, 23. Dezember. Der „Berliner Morgenpost“ geht eine Mitteilung zu, daß in der Frage der Regentschafts-Abfassung die Regierung beschlossen habe, das Projekt aufzugeben, nachdem sich insbesondere in der Zentrums-partei große Schwierigkeiten ergeben haben, die die Regierung für unüberwindlich hält.

München, 23. Dezember. Wie „Wolffs Bureau“ amtlich berichtet, hat der Prinzregent Ludwig von Bayern in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten von Hertling die Königswürde abgelehnt.

Erdbeben.

Rom, 23. Dezember. Gestern vormittag neun Uhr wurde Reggio de Calabria von einem heftigen Erdbeben heimgelacht. Die Erschütterung machte sich sowohl in horizontaler wie auch in vertikaler Richtung zugleich bemerkbar. Die Erdböße waren derart heftig, daß die Bevölkerung von einem panikartigen Schrecken erfaßt wurde. Alt und Jung flüchtete unter Schrei und Wehklagen aus den Häusern auf die Straßen und freien Plätze der Stadt. Menschenleben sind nicht zu beklagen, obwohl der materielle Schaden an den Häusern recht beträchtlich ist. Einzelheiten sind bisher noch nicht bekannt geworden.

Dessa, 23. Dezember. Im Küstengebiet des Afrikanischen Meeres wurden durch heftige Erdböße über einen weiten Ortstrahen schwer beschädigt. Der materielle Schaden ist sehr beträchtlich. Auch sollen Menschenleben hier zu beklagen sein. Einzelheiten fehlen noch.

Feuer im Kino.

Brüssel, 23. Dezember. In einem größeren Kinematographentheater in Melsin an der französischen Grenze brach während einer Vorstellung Feuer aus. Die Flammen verbreiteten sich mit lebhafter Geschwindigkeit und als zudem noch ein unglücklicher Wind anbrach, hatten die Flammen mit riesiger Schnelligkeit über das ganze Gebäude sich ausgebreitet. Unter den im Theater gerade anwesenden Zuschauern brach eine furchtbare Panik aus. Zwölf Personen fanden in dem nun entstehenden entsetzlichen Gedränge den Tod. Ueber 50 Personen erlitten Verletzungen, darunter mehrere sehr schwere.

60 Fischerboote verloren.

Dresden, 22. Dezember. Nach neuerer Meldung sind bei dem Sturm auf dem Rapschen Meer mehr als 60 Fischerboote gekentert. Die Leute am Lande mußten dem Unglück zusehen, ohne Hilfe bringen zu können. Bisher sind zehn Leichen geborgen.

Seemanns Los.

St. John's (Neufundland), 22. Dezember. Der Dampfer „Florence“ von der Furness-Linie, der sich mit Fracht auf der Fahrt von Halifax nach St. John's befand, wurde am Morgen des 20. Dezember bei Cap Race im Sturme vollständig wrack. Der Kapitän und 21 Mann ertranken. Der zweite Offizier und vier Matrosen wurden gerettet, nachdem sie zwei Tage in einem Boot umhergetrieben waren. Das Schiff ist gänzlich verloren.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Ort	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand							
Breslau	22.12.1912	2.02	0.91	2.57	0.0	3.75	2.80	4.98	3.21	2.35	2.14	1.5	2.0	0.22	2.00	
Wittsch	22.12.1912	1.94	0.89	2.45	0.75	3.00	2.40	4.98	3.18	2.10	1.59	1.5	1.5	0.32	1.00	3.19
Mitt	1.68	0.88	2.12	0.43	2.46	2.07	4.07	2.88	1.88	1.56	1.5	0.0	0.14	1.89	0.45	

Preiskursen der städtischen Markt-Notierungskommission. Breslau, den 21. Dezember.

Ware	alte	niedr.	mittlere	geringe	Best.
Weizen, weißer	19.80	18.40	18.30	17.40	17.80
Weizen, gelber	19.20	18.80	18.20	17.80	17.20
Waggen	18.10	18.00	18.00	15.00	14.90
Brognerie	18.50	17.50	17.40	15.00	14.00
Gerste	16.40	16.10	15.50	15.20	15.10
Hafer	16.20	15.90	15.50	15.20	15.10
Victoria-Bohnen	25.00	24.00	23.00	22.00	21.00
Erbsen	31.00	30.00	29.00	28.00	27.00
Winterraps	27.00	26.00	25.00	24.00	23.00

Gen per 100 Pfd. neues 6.80—7.10 Pfd. Gen per 100 Pfd. alter 4.80—5.20 Pfd. Weizenroh per 100 Pfd. 3.20—3.60 Pfd.

Breslauer Weizenmarkt. Weizen ruhig per 100 Kilogramm inkl. Endbrutt. Weizenmarkt: 00 26.00—26.50 Pfd. Weizenmarkt: 00 26.00—26.50 Pfd. Weizenmarkt: 00 26.00—26.50 Pfd. Weizenmarkt: 00 26.00—26.50 Pfd.

Briefkasten.

Druckkosten der Redaktion Wochensatz nur b. 18—1 Uhr Mittags. Schriftliche Ansuchen sind nur an den Redaktionsbriefkasten zu richten. D. Freidurgerstraße. Altersrente kann die Mutter nicht bekommen, da zu wenig Marken geleistet sind; sie soll Invalidenrente verlangen. M. W. Riegner. Was der Vater des unehelichen Kindes zu zahlen hat? Der Mutter sind die Entbindungs- und sechs Wochenkosten zu ersetzen und für das Kind müssen die Unterhaltskosten bis zum 16. Lebensjahre gezahlt werden, monatlich mind. 15 Mark.

Bersammlungen und Vereine.

Sozialdemokratischer Verein Breslau. Distrikt 9 (Oberort). Am ersten Weihnachtstage veranstaltet der Distrikt 9 im Saale von Baum, Wallbassstraße 38, einen Familienabend mit humoristischen Vorträgen. Die Genossen und Genossinnen der umliegenden Distrikte sind freundlich eingeladen. Eintrittskarten zu 10 Pfg. sind bei den Mitgliedern zu haben. Anfang 8 Uhr. Der Distriktsführer.

Karmelitergeist „Tutwohl“ (vorauslich wirkendes Hausmittel) ist die Kronallerhausmittel. 12 Fl. 3 M.; bei 24 Fl. 6 M. franko. Tutwohlwerke Halle an der Saale, Mühlweg Nr. 20.

Bericht des geschäftsführenden Ausschusses der preussischen Landeskommission. 1910-1912.

Aus dem umfangreichen Bericht des geschäftsführenden Ausschusses gehen wir folgenden Aussagen wieder: Räumlich waren die Verhandlungen des letzten Parteitagess beendet, da nur ein bekannt, dass die preussische Regierung dem Landtage einen neuen

Wahlgeschehenthum

ausgeben lassen würde. Doch es doch in der Thronrede, mit der am 11. Januar 1910 der Landtag eröffnet wurde:

„Gedacht wurde über noch eine ernste Aufgabe. Die Vorarbeiten für eine neue Wahlrechtsvorlage zum Zwecke der Abgleichung des Wahlrechts nach. Eine Vorlage wird in einigen Wochen Ihrer Beratung unterbreitet werden.“

Strenge Zucht und sorgfältige Staatsaufsicht wird, das wir ich gewiss wie bisher die Entscheidungen der preussischen Landeskommission leiten. Und so erlaube ich von der bevorstehenden Lösung jegenerische Ergebnisse für die Wohlfahrt des Vaterlandes.“

Über den Inhalt der Vorlage erfährt das preussische Volk während aller noch nicht. Die Regierung wollte offenbar die Zeit für Verhandlungen möglichst verlängern.

Am 11. Januar 1910 war die 16. Tagung der preussischen Landeskommission. Die Verhandlungen wurden unter der Leitung des geschäftsführenden Ausschusses unter der Leitung des Vorsitzenden, des Reichsministers für die inneren Angelegenheiten, geführt. Am 16. Januar 1910 erfolgte dann der

Die Vorlage des Reichstages für ein allgemeines, freies Wahlrecht.

Der Reichstag hat am 11. Januar 1910 ein allgemeines, freies Wahlrecht beschlossen. Die Vorlage ist in drei Teilen in drei Lesungen zu erörtern. Am 11. Januar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus.

Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

vative alles getan, die Wahlrechtsvorlage noch rückständiger zu gestalten.

Der Schnapsbier hatte alle Schönheiten des alten Wahlgesetzes wieder hergestellt.

Als Material zur Bekämpfung der Wahlrechtsvorlage gab die Parteileitung Preussens die Broschüre „Materialien zur Agitation gegen die preussische Wahlrechtsvorlage“ heraus, die kurz zusammenfassend die wichtigsten Punkte der Vorlage enthält. Auch wurden weitere Flugblätter und Broschüren über den Inhalt der Wahlrechtsvorlage im Abgeordnetenhaus als Propaganda herausgegeben und in großen Auflagen verbreitet.

Seinen Höhepunkt erreichte der Wahlrechtskampf des Jahres 1910 aber am Sonntag, den 6. März. Trotz der blühenden Zusammenarbeit im Monat Februar und der vollen Beteiligung der Arbeiterklasse an der Demonstration des 6. März noch härter wie zuvor. Denn die Arbeiter waren durch die Behandlung der Wahlrechtsvorlage in der Kommission geradezu aufgehetzt worden.

In einer einzigen Sitzung berührte die Kommission die zweite Beratung dieses Wahlgesetzes.

Konservative und Zentrum hatten den Ausschuss alle für abgelehnt. Die Grundlage der Beratung des Wahlrechts war die Steuerleistung war festzusetzen, was die indirekte Wahl durch Wahlmänner und die direkte Wahl der Abgeordneten; nur den zu einer zweiten Beratung der Wahlmänner sollte man sich nicht hin lassen. Eine für die Partei unbedeutende Änderung. Die Wahlmänner war die allgemeine Steuerleistung vorzuziehen und die indirekte Wahl durch Wahlmänner zu verwerfen. Eine für die Partei unbedeutende Änderung.

Die preussische Landeskommission hat am 10. Februar 1910 ein allgemeines, freies Wahlrecht beschlossen. Die Vorlage ist in drei Teilen in drei Lesungen zu erörtern. Am 11. Januar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus.

Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

Am 19. Februar 1910 kam der Wahlrechtsentwurf vor das preussische Abgeordnetenhaus. Am 10. Februar 1910 wandte sich der deutsche Reichstag an die preussische Landeskommission, mit aller Zähigkeit die in dem Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen und die im Reichstag beschlossene Wahlrechtsvorlage zu prüfen.

herabden Verhaltens der Landtagsmehrheit nicht an der Zeit war, zu dem schärferen Mittel des

politischen Massenstreiks

zu greifen. Einige Parteioptionen hielten die Anwendung dieses Mittels als die einzig gegebene Antwort des Parteivorstandes. Die Landeskommission kam nach eingehender Beratung zu dem Beschlusse, von der Anwendung dieses Kampfmittels zurück abzurufen. Die ganzen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse waren in dieser Zeit für einen Erfolg nicht günstig. Die Kommission äußerte auch den Wunsch, eine weitere Propagierung des Mittels in der gegebenen Situation möglichst zu vermeiden. Wir besaßen uns mitten im Kampf, und das bei der Diskussion unermessliche Erörterungen des „Für“ und „Wider“ nicht die Kommission für nicht geeignet, die so notwendige Einigkeit der Genossen und die erforderliche Einheit des Kampfes herzustellen zu fördern. Die Kommission ließ aber keinen Zweifel darüber, daß unter bestimmten Voraussetzungen der Massenstreik angewandt und mit aller Energie durchgeführt werden muß. Es sollte dann, was es sollte.

Am Sonntag, den 6. März, erfolgten wiederum in einer ganzen Anzahl Städte Wahlrechtsdemonstrationen.

Auf Anregung der Landeskommission gab die Parteileitung Preussens die Flugblätter „Kämpfe Wahlrechtskämpfer“ und „Der Kampf unter den Parteien“ heraus. Das erste richtete sich gegen die Nationalliberalen, das zweite gegen das Zentrum. Nach die Redaktion der Parteiforrespondenz wurde durch den hiesigen Parteivorstand veranlaßt, Artikel und Nachrichten, die zur Agitation gegen die preussische Dreiklassenwahlrecht geeignet sind, den Organisations- und Parteizentralen möglichst früh zuzustellen.

Am 10. April 1910 erhoben sich wieder einmal gewaltige Demonstrationen vor dem Reichstag, bevor das Dreiklassenwahlrecht durch die Reichsversammlung vorgelegt wurde. Die Demonstrationen waren von der preussischen Landeskommission unterstützt. Am 10. April 1910 erhoben sich wieder einmal gewaltige Demonstrationen vor dem Reichstag, bevor das Dreiklassenwahlrecht durch die Reichsversammlung vorgelegt wurde. Die Demonstrationen waren von der preussischen Landeskommission unterstützt.

Am 10. April 1910 erhoben sich wieder einmal gewaltige Demonstrationen vor dem Reichstag, bevor das Dreiklassenwahlrecht durch die Reichsversammlung vorgelegt wurde. Die Demonstrationen waren von der preussischen Landeskommission unterstützt.

Der Balkankrieg und seine Folgen.

Adrianopel als Heimmie.

London, 22. Dezember. Von der Friedenskonferenz, in der seitdem der montenegrinische Delegierte Njokowitsch den Vorsitz führt, wurde das folgende offizielle Communiqué ausgeben: Die türkischen Delegierten forderten, wenn sie auch mit Griechenland in Verhandlungen eintreten sollten, die Verproviantierung Adrianopels, wozu die Delegierten der Verbündeten bemerkten, daß diese Frage schon durch den Waffenstillstand geregelt worden sei und daher außerhalb der Kompetenz der Konferenz liege. Die türkischen Delegierten erklärten daraufhin, daß sie gegenüber dieser neuen Lage an ihre Resolution berichten müßten.

Konstantinopel, 22. Dezember. In den letzten maßgebenden Kreisen herrscht eine sehr pessimistische Stimmung. Die militärischen Kreise fordern unbedingt die Fortsetzung des Krieges. Da die türkische Armee sowohl bei Schatalbicha als auch bei Gallipoli so große Verstärkungen erhalten hat, daß die Chancen für die Türkei sehr günstig seien. In eine Abtretung von Adrianopel dürfte nicht gedacht werden. Adrianopel soll noch für zwei Monate mit Proviant und Munition versorgt sein. (?)

Die Befriedigung der Serben.

Wien, 22. Dezember. Das „Fremdenblatt“ schreibt: Die auf der Balkan-Konferenz geäußerten einmütigen Tendenzen aller Mächte, alle weiteren Komplikationen hintanzubehalten, ist zweifellos eine Tatsache, die mit Genugtuung konstatiert zu werden verdient. Die Tatsache, daß die Balkan-Konferenz dem Hauptpunkte Österreich-Ungarns betreffend die Autonomie Albaniens und einen jenseitigen Adriahafen zustimmte, beweist wohl am besten, wie sehr die Auffassung Österreich-Ungarns gerechtfertigt war. Wenn auch die Regelung der beiden heiklen Fragen noch Schwierigkeiten in sich birgt, darf wohl die Erwartung als nicht unbegründet bezeichnet werden, daß sich die Balkan-Konferenz auch dieser nicht leichtem Aufgabe gemäßen erweisen wird.

Frankreichs Stellung.

Paris, 22. Dezember. Nach einer amtlichen Zusammenfassung über eine Erklärung Poincarés im Senat hat der französische Ministerpräsident dort u. a. gesagt: Die Orientfrage ist im Begriff, von der Macht der Tatsachen in einem Sinne geregelt zu werden, der aufs beste den französischen Ideen entspricht. Der Balkanbankrott, der so lange der Traum vieler Staatsmänner war, ist Wirklichkeit geworden: Die Völker erhoben sich im Namen der Gerechtigkeit und der Freiheit. Frankreich konnte ihrem Werk nur mit Sympathie gegenübersehen. (Beifall.) Der Balkan der Serben, Bulgaren, Montenegriern und Griechen, das ist die gerechte Lösung, die am meisten Gewähr für Dauer und Stabilität bietet. Es besteht Übereinstimmung über die Autonomie Albaniens und darüber, daß Serbien einen Freihafen an der Adria erhalten soll. Wenn der Friede unterzeichnet sein wird, sei es durch eine Entente der Friedensvollmachten, sei es auf den Rat der Großmächte hin, so wird er auf festen Grundlagen ruhen und den Balkanstaaten erlauben, sich zu entspannen. Die Türkei wird ein beträchtliches Reich behalten, sie wird fortfahren können, mit uns in guter Harmonie zu leben. Wir haben ihr gegenüber die gewissenhafteste Neutralität beobachtet. Sie wird hingucken und, wenn sie auf die Wünsche der Völkerschaften hört, die ihr untertan sind.

Hoffnungen in Berlin.

Berlin, 22. Dezember. Die Norddeutsche Allgem. Ztg. schreibt in ihrer Wochenendausgabe: Die Konferenz zur Feststellung des Friedensvertrages zwischen der Türkei und den Balkanstaaten mag noch Schwierigkeiten zu überwinden haben, ehe die Verhandlungen lebhafter in Fluß kommen. Zu Voraussetzungen aber ein positives oder negatives Ergebnis der Konferenz fehlt bisher die Grundlage.

Zur Autonomie Albaniens.

Konstantinopel, 22. Dezember. Der österreichische Votivschreiber hat der Pforte den Vorwurf des gottischen Völkertums des Dreibundes und des Dreierbundes beschlossenen Übereinkommens über die Autonomie Albaniens und des Serbiens konventionellen Übereinkommens zum Adriatischen Meer

mitgeteilt und hat den Wunsch geäußert, die Türkei möge die Vorbereitung der Regierungsform des autonomen Albanien treffen. Die Porte hat sich mit der Selbstverwaltung einverstanden erklärt, aber sie weigert sich, ganz unabhängig, die von Albanien verlangte Unabhängigkeit zu gewähren.

Cholera in Bulgarien.

Sofia, 22. Dezember. Nach hier eingetroffenen Meldungen breitet sich die Cholera in Bulgarien immer mehr aus. Die rumänischen Sanitätsbehörden haben infolgedessen die Maßnahmen zur Verhinderung der Einschleppung der Seuche verschärft.

Kleine Nachrichten.

Konstantinopel, 22. Dezember. Nach einem amtlichen Telegramm des Kommandanten der Westarmee vom 19. Dezember haben die Türken nach fünfzigstündigem blutigem Kampfe bei Janina die griechischen Truppen zurückgeschlagen, am anderen Morgen das Festland von Manolakis überschritten, sind mit Erfolg in der Richtung auf Sourath vorgeückt, haben die feindlichen Streitkräfte zerstreut und einen Sieg errungen.

Atina, 22. Dezember. Nach einer Mitteilung des Kriegsministers hat ein Teil der griechischen Armee unter dem Befehl des Generals Damianos am 19. d. Mts. nach einem Kampfe bei Goriha besiegelt. Die drei Divisionen des Generals rückten auf drei Straßen vor und schlugen die türkische Armee nach Süden zurück.

Der Marineminister erhielt gestern aus Chios die drabliche Mitteilung, daß sich die türkischen Truppen auf Mithene den Griechen ergeben hätten und daß 170 türkische Gefangene im Hafen von Mithene eingeschifft worden seien.

Belgrad 21. Dezember. Rür den Fall, daß eine Fortsetzung des Krieges eintreten sollte, sollen zwischen Serbien und Bulgarien besondere Abmachungen getroffen worden sein. Sie betreffen eine eventuelle gemeinsame leitende militärische Hilfe an der Scharalischalmte.

Parteiangelegenheiten.

Das Protokoll des außerordentlichen internationalen Sozialisten Kongresses zu Basel am 24. und 25. November 1912 gelangt neben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer G.m.b.H. Berlin zur Ausgabe. Dem Umfang ist u. a. die Friedensrede des Vaterländischen Ausschusses angehängt.

Der billige Preis von 40 Pfg. macht die Anschaffung des Protokolls weiten Kreisen möglich. Zu beziehen ist es durch alle Buchhandlungen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Brieg, 23. Dezember. Vier Kinder in Lebensgefahr. In einem Hause der Joststraße waren Sonnabend, wie immer, vier Kinder im Alter von 3 bis 8 Jahren in der Stube allein eingeschlossen, da beide Eltern ihrer Reichhaltigkeit nachgehen müssen. Der die Stube vürderenden Mann fiel nun in der fünften Stunde eine große Unruhe der Kinder in dem Zimmer auf und sie fraute, was los wäre. Darauf antwortete das älteste Mädchen, der Bruder hätte ein Feuer angezündet. Ein zur Hilfe herbeigekommener Klempner stellte fest, daß die Türöffnung ein und drang in die Stube. Diese war voller Rauch und die Kinder nur mit Mühe zu entdecken. Der müde junge Mann brachte nun eines der Kinder nach dem andern in Sicherheit. Es stellte sich heraus, daß der Junge ein Stück Parier angezündet hatte, welches einige Minuten im Stand legte, die den Qualm entwickelten. In ihrer Angst hat ein der Kinder das brennende Zeug unter einen Schuh gesteckt, wo es natürlich weiter glimmte. Die Gefahr konnte dann schnell beseitigt werden.

Brieg, 23. Dezember. Eine Feuerungszulage. Das Gehalt des Oberbürgermeisters wurde in der geheimen Sitzung der Stadtratskommission um 2000 Mark erhöht. Hoffentlich vergißt man auch die unteren Beamten und Arbeiter nicht.

Brieg, 23. Dezember. 400 Mark Belohnung für Ermittlung des Lampiger Brandstifters. Der Landrat erläßt folgende Bekanntmachung: In der Gemeindefeuerwehr, Kreis Brieg, haben in letzter Zeit fünf Brandstiftungen stattgefunden, die zweifellos auf böswillige Brandstiftung zurückzuführen sind. Die Direktion der Schlesienschen Provinzial-Feuer-Gesellschaft hat eine Belohnung von 400 Mark ausgesetzt, die demjenigen zugeordnet wird, der den oder die Brandstifter der Brande am 7., 8. und 9. d. Mts. ermittelt, das dessen gerichtliche Verurteilung erfolgen kann.

Schweidnitz, 22. Dezember. Bestrafte Räpkei. Vom hiesigen Schöffengericht wurden die Postbildungsschüler Majur und Langer wegen öffentlicher Lehrbeleidigung zu vier resp. fünf Wochen Gefängnis verurteilt. Wie die Verurteilung ergab, hatten die Bengel im Schulgebäude gezaust. Von einem Lehrer darüber zur Rede gestellt, zeigten die Burschen ein höchst renitentes Betragen und als sie dafür eine Bütigung erhielten, wurden sie rabiat. Da sie die Lehrer auch noch auf der Straße injulierten, wurden sie zur Anzeige gebracht.

Dieses Urteil dient hoffentlich vielen anderen zur Lehre. In der Schule und auch auf der Straße müssen die jungen Leute sich einwandfrei betragen.

Schweidnitz, 22. Dezember. Noch einmal verurteilt. In der Sitzung des Kreisrates ist die Vorlage über die Bergbau- und Bergbauverwaltung nach mehrmaliger Debatte noch einmal zurückergeben worden. Unter Zurückziehung von neun Kreisratsmitgliedern soll das Projekt noch einmal aufs genaueste durchgeprüft werden, damit man über alle Möglichkeiten, die sich in finanzieller wie technischer Hinsicht ergeben, die erforderliche Klarheit erhält.

Schweidnitz, 22. Dezember. Sturmschaden. Der mit unheimlicher Macht daherkommende Orkan am Mittwoch hat hier viel Schaden angerichtet. Das Rademacherische Haus am Markt wurde zur Hälfte abgedeckt, auch an dem im Bau befindlichen Güterbahnhof am Bahnhof Mittel-Schweidnitz wurde das Dach arg demoliert.

Sirchberg, 23. Dezember. Zum Raubmorde in Langhelwigsdorf. Im neuesten hiesigen Amtsblatt fest der Regierungsrath eine Belohnung von 500 Mark für denjenigen aus, der den Täter des Langhelwigsdorfer Raubmordes so zur Anzeige bringt, daß seine gerichtliche Verurteilung erfolgen kann. Die Bekanntmachung könnte den Anzeichen erwecken, als ob der unter dem Verdacht, die Tat verübt zu haben, verhaftete Oberförster Meißner wieder aus der Untersuchungshaft entlassen worden sei. Dies ist jedoch nicht der Fall. Meißner befindet sich vielmehr noch in hiesigen Untersuchungsgefängnis, wo er zwar, allerdings ohne Erfolg, den wilden Mann zu spielen versucht. Er hat bisher nicht zugegeben, den Raubmord verübt zu haben und die Anklagebehörde muß wohl der Überzeugung sein, daß die gegen ihn ermittelten Beweismomente, die allerdings recht erheblich sein sollen, zu seiner Überführung doch noch nicht ausreichen.

Jauer, 23. Dezember. Achtung, Genossen! Der hiesige Subwergewerkschaft hat das Weihnachtsvergügen, das alljährlich zum Kartell veranstaltet wurde, übernommen, und wird es in Form eines humoristischen Abends am 2. Feiertag mit dem beliebten Arbeitergewerkschaften Brause und Singspiel aus Altwasser

und der freien Turnerschaft Jauer veranstalten. Wir bitten, daß dieser Abend von unserer Seite gut besucht wird.

Weißwasser, 23. Dezember. Traurige Weihnachten sind auch amn Arbeiterfront von hier durch die Kriegergeister verheerend. Erst vor einigen Wochen hat sie geheiratet, nachdem ihr Mann eben erst eine längere Militärübung in Oesterreich abgeleistet hatte. Am vorigen Sonntag erhielt nun ihr Mann, Peter, binnen 24 Stunden nach Wahren ab. Die Frau sah jeden Abend ihrer Tochter in den Augen, die nun inzwischen einsetzten. Nun liest sie bisso da, wenn sich nicht der Arbeitergeister ihres Mannes über erbarmte. Der Einzige ist nach der fertigen Grenze beordert worden; die Frau kann seine Adresse nicht erhalten. Wie vielen wird es ähnlich gehen. Die kommenden Kriegsjahre am österreichischen Hofe laden in der Tat eine schwere Schuld auf sich. Festen umgerichtet werden sie aber zu den Feiern gedanklos die „Hohe Weihnachtsfeier“ vom Frieden auf Erden nachhelen.

Posen, 23. Dezember. Die Nacht des Edelmanns. Eine Szene, die ein Nachspiel zu dem Verkauf der Herrschaft Ghorum im Kreis Kofen bildete, spielte sich Freitagabend auf der St. Marienstraße ab. Als der Heberherr dieser Herrschaft an den Großherzog von Sachsen-Koburg bekannt wurde, brachte der hiesige „Kurier“ einen schweren Mittel gegen den Besitzer von Ghorum, Herrn v. Tschernowitsch, in dem auch einige hübsche Bemerkungen über einen gewissen Herrn Karl v. Dornin, einen intimen Freund des Herrn v. Tschernowitsch, enthalten waren. Freitagabend um 10 Uhr der Oberkellner des Hauses, Dr. Senda die Kartofelkassette an, dabei überließ ihn plötzlich v. D. und ließ sich mit seinem Zigarettenkasten, wie die „Kobener Neuesten Nachrichten“ zu berichten wissen, aus der Tasche einen Revolver, mit dem er, ohne zu scheuen, seinem Angreifer zur Abwehr einen heftigen Schuß in's Gesicht versetzte. Der Schuß spielte sich in so kurzer Zeit ab, daß er nur von einigen Passanten bemerkt worden ist.

Hohenhausen, 22. Dezember. 6 Jahre Zuchthaus für ein Ehepaar. Der Arbeiter Krakowski und seine Frau, die in der katholischen Kirche den Opferschein zu schreiben verühten, dabei aber ergriffen wurden, wurden von der Strafammer zu vier bzw. zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Aus Oberschlesien.

Wohrei, vorbei!

Es ist noch nicht lange her, daß die ganze ober-schlesische Polizei sich kräftig bemühte, die Arbeiterbewegung für politisch zu erklären. Wie immer, so nahm die damalige Polizei den Kampf zuerst auf, und mußte sich vom Landgericht in Gleiwitz belehren lassen, daß dies mit dem Gesetz nicht im Einklang steht. Die Polizei und der Staatsanwalt gaben sich damit zufrieden, das Urteil wurde rechtskräftig.

Etwas anders gestaltete sich die Sache in Kattow, wo die Polizei nachdrücklich zu einer großen polizeilichen Aktion ansetzte, welche Polizeibeamte beauftragten den Arbeiter, die angestrichelten Material genügend zu haben, um diesen für politisch zu erklären. Das Strafamt, sowie die Anklagebehörde, wurde verurteilt. Als dies abgelehnt wurde, sollte man die vier Sachverständigen, die von der Anklagebehörde nach dem Gerichtsverfahren, wobei sämtliche Akten und Unterlagen des Arbeiterkongresses beschlagnahmt wurden. Es folgte der übliche Prozeß. Das Schöffengericht Kattow verurteilte drei Sachverständigen zu Gefängnis, sprach den vierten frei. Man man nicht als Sachverständigen eingetragene Strafammer verurteilt die von der Anklagebehörde in der Sitzung, woran die Anklagebehörde teilnahm, sprach den vierten frei. Das Landgericht hat das Urteil auf und ließ einbringen. Das Landgericht hat das Urteil auf und ließ es im nächsten Verfahren und ordneten die Entscheidung an das Landgericht Kattow, wo am Spätsachtag in dieser Angelegenheit verhandelt wurde. Staatsanwalt und Richter konnten sich nicht, den Sachverhalt politisch zu erklären. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Lichtenstein aus Zabrze, hatte einen sehr schweren Stand, zumal der Vorsitzende die Anklage des Verweils ohne Begründung des Gerichts ablehnte. Es kam deshalb zu wiederholten Unterbrechungen zwischen der Anklage und der Verteidigung. Die Verhandlung zu verlegen, weil er unter dem Verdacht der Verleitung nicht mehr fahren konnte. Das Landgericht hat den Antrag ab und auf Vorschlag der Anklage nahm der Vorsitzende die Verhandlung wie bei der ersten Verhandlung vor. Die Verhandlung wurde dann die Verhandlung aufgenommen und der Staatsanwalt hielt nach dem Gegenstand für einen rechtlichen und begründeten Verhandlung. Staat aber nicht angetreten der Verteidigung und ließ nach, daß die Verhandlungen des Staatsanwalts wie des ganzen Gerichts aufgehoben sind. Nach einer eingehenden Beratung sprach das Gericht die Anklage ab und auf Vorschlag der Anklage nahm der Vorsitzende die Verhandlung wie bei der ersten Verhandlung vor. Die Verhandlung wurde dann die Verhandlung aufgenommen und der Staatsanwalt hielt nach dem Gegenstand für einen rechtlichen und begründeten Verhandlung.

Reich, 23. Dezember. Ein gemeines Verbrechen. Am Freitag, den 21. d. Mts., nachmittags gegen 5 Uhr, wurde ein bewußtloses hinfühendes Kind

in der Nähe der „Drei Tauben“, (Kathol. zu Wahrenstraße, gefunden. Nachdem die Eltern des Kindes festgestellt worden waren, wurde auf polizeiliche Anordnung eine ärztliche Untersuchung vorgenommen, welche ergab, daß an dem Kinde eine schwere Vergewaltigung und der Versuch des Totschlages stattgefunden hatte. Den Verdächtigten der Polizei und der Gendarmerie gelang es, den Verbrecher noch nachts verhaftet zu bekommen und gefesselt ins Untersuchungsgefängnis einzuliefern. Es ist dies der Arbeiter Kloss aus Friedrichthal-Schiffmannsdorf, welcher das Verbrechen eingestand. Er steht gleichfalls im Verdacht, noch mehrere ähnliche Untaten in der letzten Zeit verübt zu haben. Kloss ist seit drei Wochen verheiratet.

Über die Untat wird der „Reißer Betrug“ von anderer Seite gemeldet: Der 23jährige, in Stephansdorf geborene Arbeiter Julius Kloss hatte am Freitag nachmittag das 4 1/2 Jahre alte Kind mitgenommen — jedenfalls hatte er es in Reife auf der Straße getroffen — und ihm verprochen, er wolle ihm einen Christbaum und etwas Gutes geben. Er ging mit dem Kind nach den „Drei Tauben“, wo er einkehrte. Als man ihn dort über das Kind ausfragte, antwortete er, es sei sein Kind. Bald verließ er das Gasthaus und begab sich in die Gasse, wo er die ruflose Tat ausführte und das Kind in hilflosem Zustande zurückließ. Die Kuzkischen Eheleute, die bald nach der Tat an dem Orte vorbeikamen, bemerkten das Kind und nahmen sich seiner an. In den „Drei Tauben“, wohin sie das Kind brachten, wurde festgestellt, daß es kurz vorher in Begleitung des Kloss dort gewesen war. Die Polizei und die Gendarmerie nahmen dann auch die Spur auf und ermittelten rasch den Namen und Wohnort des Verbrechers, der mittelfest am selben Abend in Schiffmannsdorf aus dem Bette herausgeholt und verhaftet wurde. Kloss gestand die Tat ein und legte auch noch das Geständnis ab, daß er sich vor kurzem auch der widerrechtlichen Unzucht schuldig gemacht habe.

Beuthen O.S., 23. Dezember. Exemplarische Verurteilung von Messerstechern. Vor der zweiten Kammer Strafkammer hatte sich der Arbeiterarbeiter Josef Kalemka aus Wisnarschütz wegen gefährlicher Körperverletzung zu verantworten. Obwohl erst 20 Jahre alt, ist der Angeklagte bereits sechsmal wegen Diebstahls, Hehlerei und Körperverletzung empfindlich verurteilt. Der Angeklagte machte vor Gericht vornehmlich den Einwand geltend, er habe in Notwehr gehandelt. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten unter Berücksichtigung der Schwere der Tat zu 3 Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte nur ein Jahr Gefängnis beantragt.

Nicht besser erging es dem 44 Jahre alten Arbeiter Paul Jachel aus Katowitz, der bereits 14 Mal, hauptsächlich wegen Körperverletzung verurteilt, am 18. März d. J. eine neue Straftat an diesem Gebiete verübt hatte. Er hatte an jenem Tage in einer Schule geschwiegen, als er in seinem Raum mit einer geschulten Schmeichelei an einen Gast los gegangen war, wurde er in nicht gerade zarter Weise an die frische Luft beordert; er kam aber bald danach wieder ins Lokal, anscheinlich, um seinen Humur zu holen; jetzt belam er von dem Arbeiter Helm, welchen er vorher bedroht hatte, eine Dohle; diese beantwortete er mit mehreren Messerschüssen. Der Angeklagte, der sich vor der 4. Strafkammer wegen der zweiten Körperverletzung zu verantworten hatte, wurde ebenfalls zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt.

Kattow, 22. Dezember. Beim Kohlensuchen vom Zuge überfahren. Freitag mittags um 12 1/2 Uhr, wurde auf der Strecke zwischen Grottau und Pommeroy eine Frau von einem Güterzuge überfahren. Der bedauernswerten Frau, die auf der Strecke Kohlen suchte und das Infomieren des Juges nicht hörte, wurde deren Hüfte abgefahren. Nachdem der Mann sofort zur Stelle war, verstarb die Frau binnen einer Stunde. Die Leiche ist in dem Knappschafts-Lazarett Hindultan untergebracht.

Zabrze, 23. Dezember. Was alles remant wird. Eine Hausbesitzerin in Zabrze ist von ihrem Gatten eine 20 Meter lange Dackel entwendet worden.

Groß-Siechlitz, 23. Dezember. Ein anständiges Weihnachtsfest. In hiesiger Gegend hat der Stadt einen Kaufplatz in 10000 Quadratmeter Größe zur Einbauung eines neuen Krankenhauses abgeteilt. Die Veräußerung steht. Der unternehmlich in Aussicht genommene Bauwerk sollte prächtigend aufblühen.

Zabrze, den 22. Dezember. Der Schwand. Ein fast einer Loos in der Gegend von August Basch auf Zabrze verzeichnet, der mit der Entlassung von die Vermögensgegenstände für seine Gattin, die ein Handlungsgeschäft betreibt, in der Umgegend beauftragt war, da er mit seiner ererbten Geldmittel gewesen sein dürfte, so erscheint es nicht ausgeschlossen, daß er das Verbrechen verübt zu werden ist.

Wyslowitz, 23. Dezember. Gefahren des Berufes. Die Stadtdede eingeschlagen wurde dem Lokomotivführer Jentich. Im Vorübergehen an einem Zehner fiel dem Bediensteten ein schweres Kohlenstück auf den Kopf, so daß Jentich schwer verletzt wurde.

Wyslowitz, 23. Dezember. 2000 Mark Belohnung. Die Stadtdede eingeschlagen wurde dem Lokomotivführer Jentich. Im Vorübergehen an einem Zehner fiel dem Bediensteten ein schweres Kohlenstück auf den Kopf, so daß Jentich schwer verletzt wurde.

**Reell!
Gut!
Billig!**

kaufen Sie
**Uren und
Goldwaren**
Goedene Trauringe
besonders preiswert, nach
Gewicht. 5564/L
für jede Uhr zwei Jahre Garantie

Arnhold Rosenthal
Uhrmachermeister
Neue Schweidnitzersstrasse 5
an der Gartenstrasse

Breslauer  **Fischhallen**

Schmiedebrücke 59. **Fil.: Neue Schweidnitzerg. 10.**
Telephon 4472. **Markthalle Ritterplatz.**
Geschäftsführer: **S. Burmeister.** 7479
Telephon 4473.

Weihnachts-Karpfen
Qualität Prima, Gewicht v. 1 bis 25 Pfd. p. Stück, Preis p. Pfd. v. 85 Pf. an
Prachtvollen Silberlachs, im Ganzen Mk. 1.00, im Schnitt 1.20.
Großen selten Cablian und Seelachs im Schnitt Pfd. 25 Pf.
Cablian oder Seelachs geflacht wie Karpfen mit
polnischer Sauce, schmeckt delizios u. ist ohne Gräten.
Kleine dickfleischige Ostender Steinbarten Pfd. 1 Mark.